



Für eine neue Agrarpolitik:

Ökologisch, sozial und nachhaltig

Hintergrundpapier zur

Zukunft der Agrarpolitik



Inhalt

Einführung: Warum sich die NaturFreunde mit Agrarpolitik befassen	3
Aktuelle Situation der Landwirtschaft	5
Weltmarkt für landwirtschaftliche Produkte nimmt zu	11
Situation der Agrarindustrie	14
Agrarexporte	14
Agrarimporte	18
Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel und seine Auswirkungen auf die Landwirtschaft	21
Landgrabbing bekämpfen – Kleinbäuer*innen schützen	25
Freihandelsabkommen verhindern – Gerechte Weltwirtschaft durchsetzen	29
Economic Partnership Agreement: EPA (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) – Das TTIP für Afrika	31
Für eine ökologische und soziale Agrarpolitik: Die „Wir haben es satt“- Demonstrationen	34
NaturFreunde aktiv für eine ökologische und soziale Agrarpolitik	36

Einführung: Warum sich die NaturFreunde mit Agrarpolitik befassen

Die NaturFreunde Deutschlands engagieren sich als sozial-ökologischer und gesellschaftspolitisch aktiver Verband für Umweltschutz, sanften Tourismus, Sport und Kultur. In mehr als 600 Ortsgruppen setzen sich die NaturFreunde für eine grundlegende Transformation der heutigen Industriegesellschaft hin zu einer auf ökologische und nachhaltige Entwicklung ausgerichteten Gesellschaft ein. Für NaturFreunde stehen dabei die ökologischen und sozialen Auswirkungen einer solchen Transformation im Mittelpunkt ihres Handelns. Dies gilt auch für die Agrarpolitik. Mit einem grundlegenden ökologischen Umbau der Agrarpolitik wollen die NaturFreunde dazu beitragen, dass gesunde und nachhaltige Lebensmittel in einer ökologischen Umwelt produziert und für die dort Beschäftigten gesunde, sichere und sozial abgesicherte Arbeitsplätze in der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie erhalten und geschaffen werden und gleichzeitig die ökologische und natürliche Vielfalt gesichert wird.

Auf dem letzten Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands wurde dazu beschlossen:



„Erneut befinden wir uns in einer großen Transformation. Ursache ist die Herrschaft der Ökonomie über die Gesellschaft. Diese Verselbstständigung der Märkte wurde nicht zuletzt durch die Politik der Deregulierung und Privatisierung ermöglicht. [...] Sie ist ein Angriff auf die Würde und die Humanität der Menschen, vor allem auf ihre sozialen und natürlichen Lebensgrundlagen. Doch diesmal geht es um noch mehr, denn die Menschheit überschreitet planetarische Grenzen, die für das Leben auf der Erde essentiell sind.“

Wachstum, das Konzept der vergangenen Jahrzehnte, funktioniert nicht mehr in der endlichen, vom Menschen überlasteten Welt.“

Die heutige industrielle Landwirtschaft, die auf der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen aufbaut und bei der vor allem der Profit für wenige große internationale Saatguthersteller, Lebensmittelkonzerne und Handelskonzerne im Mittelpunkt steht, hat keine Zukunft. Mit ihren katastrophalen Auswirkungen auf Menschen und Natur ist diese Form der Landwirtschaftspolitik dabei, die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören und den nachfolgenden Generationen einen zerrütteten Planeten zu hinterlassen.

Für die NaturFreunde geht es dabei um die folgenden drei Gestaltungsfragen:

- Wie müssen die gesellschaftlichen Grundlagen weiterentwickelt werden, damit eine ökologische und zukunftsfähige Landwirtschaft durchgesetzt werden kann?
- Wie können die politischen und ökonomischen Strukturen beeinflusst und verändert werden, damit sich die derzeitige Politik grundlegend wandelt?
- Welche konkreten Veränderungen können die NaturFreunde durch ihre konkrete verbandliche Praxis erreichen, um einen Beitrag für die notwendige gesellschaftliche Transformation zu leisten?

Die NaturFreunde haben in den letzten Jahren eine Reihe von Initiativen ergriffen, um einen Beitrag für die notwendige Transformation zu leisten.

- Gemeinsam mit den Naturfreundehäusern wollen die NaturFreunde gesunde, regionale Ernährung fördern und als zentrales Angebot in den Naturfreundehäusern anbieten. Mit dem Projekt „Anbeißen – leckeres aus der Region“ wurde bereits zu Beginn der 2000er Jahre eine konsequente Weiterentwicklung der kulinarischen Angebote in den Naturfreundehäusern eingeleitet.
- Durch eine umfangreiche Vortrags- und Bildungsarbeit organisieren die NaturFreunde in vielen Regionen Informationsabende und Seminare für Interessierte und klären sie über gesundes Essen und nachhaltige Bodenbewirtschaftung auf.
- In vielen Ortsgruppen engagieren sich NaturFreund*innen gegen die industrialisierte Agrarlobby und beteiligen sich an Protesten gegen industrielle Schweine- oder Hühnermastanlagen oder den Bau von riesigen industriellen Schlachttanlagen.
- Auch im Naturschutz treten die NaturFreunde auf eigenen oder gepachteten, ökologisch ausgerichteten Flächen für den Erhalt der natürlichen Grundlagen ein.
- In Bienengruppen der NaturFreunde engagieren sie sich gegen den Pestizideinsatz, den drastischen Rückgang der Insekten und setzen sich für den Schutz der Bienen ein.
- Die NaturFreunde stehen für Felder, öffentliche Flächen und Gärten ohne Agrarchemikalien. Vor diesem Hintergrund hat der Landesverband Schleswig-Holstein Ende 2017 die – auch überregional viel beachtete – Broschüre „Pestizide

reduzieren– aber wie?“ herausgegeben. In verschiedenen Fachbeiträgen werden Argumente und praktische Maßnahmen zur Reduktion des Pestizideinsatzes benannt.

- Die NaturFreunde Schleswig-Holstein haben den Runden Tisch „Pestizide reduzieren“ ins Leben gerufen. Gemeinsam mit regionalen und landwirtschaftspolitisch relevanten Akteur*innen wollen sie gangbare Wege aufzeigen, wie chemisch-synthetische Pflanzenbehandlungsmittel in allen Bereichen verringert werden können – für eine giftfreie Umwelt und mehr Artenvielfalt.
- In ihren internationalen Projekten mit den NaturFreunden in Afrika organisieren die NaturFreunde Initiativen und Proteste gegen die zerstörerischen Folgen der europäischen Agrarpolitik, die mit ihrer Exportorientierung den Kleinbäuer*innen in Afrika und in der Europäischen Union (EU) die Lebensgrundlage raubt.
- Von Anfang an beteiligen sich die NaturFreunde am Bündnis „Wir haben es satt“ und demonstrieren mit Zehntausenden für gutes Essen und für eine nachhaltige und soziale Agrarpolitik.

Die NaturFreunde fragen nach den Hintergründen und Ursachen für falsche Entwicklungen. Sie wollen konkrete Angebote machen, wie die Situation geändert werden kann. Mit diesem Positionspapier sollen allen NaturFreund*innen und Interessierten Hinweise zu den Hintergründen der heutigen Agrarpolitik gegeben werden. Wir wollen ausdrücklich dazu ermutigen, sich des Themas anzunehmen und der heutigen zerstörerischen Agrarpolitik unseren gemeinsamen Widerstand entgegenzusetzen.

Aktuelle Situation der Landwirtschaft

In seiner Broschüre „Agrarpolitische Standortbestimmung“ betont das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), dass „etwa 90 Prozent der Fläche in Deutschland ländlich geprägt ist [...], etwa 44 Millionen Menschen [...] auf dem Land [leben] [...] und über 80 Prozent der Fläche Deutschlands [...] für unsere Lebensmittel- und Rohstoffversorgung land- und forstwirtschaftlich genutzt“² werde. Deshalb sei es „zentrales Anliegen der Bundesregierung [...], diese Regionen als eigenständige Lebens- und Wirtschaftsräume zu stärken, um ihre Zukunftsfähigkeit und Attraktivität zu erhalten – und so den unterschiedlichen Herausforderungen, wie etwa dem demografischen Wandel, zu begegnen“³. Diese selbstgesteckten Ziele der Bundesregierung wurden jedoch in den letzten Jahrzehnten nicht erreicht. Auch weiterhin gilt für viele Regionen: „Städtische Regionen wachsen, der ländliche Raum verliert.“⁴ Bei diesem Stadt-Land-Gefälle ist nahezu durchgehend festzustellen, dass „die Metropolen mitsamt dem Umland wachsen, [während] die schwach besiedelten Regionen [weiter] verlieren“⁵. So zeigt sich bei der Bevölkerungsentwicklung, dass „abgesehen von wenigen Ausnahmen im Ruhrgebiet [...] alle kreisfreien Großstädte zwischen 2010 und 2016 einen Einwohnerzuwachs“⁶ verzeichneten. Eine ökologische und nachhaltige Agrarpolitik ist deshalb auch unmittelbar Struktur- und Regionalpolitik für eine Zukunft der ländlichen Räume. Die hochmechanisierte und industrialisierte Landwirtschaft wird den ländlichen Räumen keine Zukunftsperspektive bieten können, da sie landwirtschaftliche Produktion auf immer größeren, ökologisch verödeten Flächen, mit immer weniger Menschen organisiert. Damit fördert die industrialisierte Landwirtschaft auch die Perspektivlosigkeit für immer mehr Menschen in

den ländlichen Regionen und die weitere Landflucht. Hierfür brauchen wir in Zukunft eine integrierte ländliche Entwicklung, die mit öffentlichen Förderprogrammen den Ausbau von regionalen Wirtschaftskreisläufen fördert.

Die bisherige Landwirtschaftspolitik der verschiedenen Bundesregierungen hat dazu beigetragen, dass die Philosophie des „Wachsen oder Weichen“ in der Agrarpolitik bis heute die dominierende Ausrichtung ist. Das Ergebnis dieser Politik ist, dass „Größe zählt – wer zu wenig Flächen bewirtschaftet, muss schließen“⁷. Dies gilt in nahezu allen europäischen Ländern. Einzige Ausnahmen sind die Subsistenzbetriebe (d. h. Betriebe vor allen zur Sicherung der eigenen Nahrungsmittelherstellung), die ökologische Landwirtschaft und hochspezialisierte Landwirtschaftsbetriebe, für die aufgrund ihrer Struktur die ökonomischen Mechanismen der Agrarpolitik keine direkte Rolle spielen.

In der EU wurden im Jahr 2016 „über 171 Millionen Hektar Land [...] für die landwirtschaftliche Erzeugung genutzt – rund 40 % der gesamten Landfläche der EU“⁸. An der gesamten Bruttowertschöpfung machte die Land- und Forstwirtschaft zusammen mit der Fischerei in der EU im Jahr 2017 noch 1,6 %⁹ aus. Der Anteil in den Mitgliedstaaten an der Bruttowertschöpfung schwankt dabei zwischen Rumänien (4,8 %), Bulgarien (4,3 %), Griechenland (4,0 %) und Luxemburg (0,3 %). In Belgien, Deutschland und Großbritannien lag der Anteil im Jahr 2017 noch bei 0,7 %.¹⁰ Diese Zahlen dürfen jedoch nicht täuschen: Auch wenn die Landwirtschaft in den industrialisierten Ländern des globalen Nordens heute einen sehr geringen Anteil an der Bruttowertschöpfung

der jeweiligen Staaten ausmacht, sind die Entwicklungen innerhalb der Landwirtschaft maßgeblich für die biologische Vielfalt innerhalb der Staaten verantwortlich. Mit der Industrialisierung der Landwirtschaft hat die Zerstörung der Artenvielfalt in der Natur zugenommen. Ohne ökologische Landwirtschaft kann eine ökologische Transformation der Industriegesellschaften nicht gelingen. Die Landwirtschaft hat „als größter Flächennutzer Deutschlands erheblichen Einfluss auf Böden, Gewässer, Luft, Klima, die biologische Vielfalt - und auf die Gesundheit der Menschen“¹¹. Deshalb ist die Beschäftigung mit der Landwirtschaft und unmittelbar damit zusammenhängend mit der Lebensmittelindustrie und dem Lebensmitteleinzelhandel auch ein wichtiger Schlüssel für eine umfassende Transformationsstrategie in den jeweiligen Gesellschaften.

In der gesamten EU gibt es „rund 10,3 Millionen landwirtschaftliche Betriebe und Betriebsleiter“¹². Der Anteil der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft liegt im Durchschnitt der EU bei 4,25 %¹³, in den Mitgliedstaaten der EU reicht er dabei von 22,91 % (Rumänien), 12,13 % (Griechenland), 10,56 % (Polen) bis 3,91 % (Italien), 2,87 % (Frankreich), 1,28 % (Deutschland), 1,27 % (Belgien) und 1,01 % (Luxemburg). Diese Zahlen machen deutlich, dass der Umbau der Landwirtschaft in den verschiedenen Mitgliedstaaten der EU zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit hätte. Landwirtschaftspolitik ist deshalb innerhalb der EU auch direkte Arbeitsmarkt- und Gesellschaftspolitik. Während in den hochentwickelten Industriegesellschaften gerade in Westeuropa der Anteil landwirtschaftlicher Beschäftigter zwischenzeitlich fast überall auf weit unter 2 % gesunken ist, spielt die Landwirtschaft, auch aufgrund fehlender Alternativen in den Industrie- und Dienstleistungsbereichen, vor al-

lem aber auch aufgrund der sehr niedrigen Renten, in vielen Staaten Süd- und Osteuropas weiterhin eine wichtige sozialpolitische Rolle für die Existenzsicherung vieler Haushalte auf dem Lande. Dies führt dazu, dass sich „ein Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU [...] 2016 in Rumänien (33 %), ein weiteres Drittel in Polen (14 %), Italien (10 %, 2013) und Spanien (9 %)“¹⁴ befanden.

Viele der heutigen landwirtschaftlichen Betriebe werden als Subsistenzbetriebe aufrechterhalten. Deshalb sind „die meisten Betriebe in der EU klein, wobei zwei Drittel eine Größe von weniger als 5 Hektar (ha) aufwiesen“¹⁵. Gleichzeitig hat sich die Herausbildung einer auf den Weltmarkt ausgerichteten hochproduktiven, industriellen Landwirtschaft fortgesetzt. Im Jahr 2016 „bewirtschafteten 3 % der Betriebe in der EU mit einer Größe von 100 ha oder mehr über die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche der EU“¹⁶.

Diese sehr unterschiedliche Betriebsgrößenstruktur führte dazu, dass im Jahr 2016 „von den 10,3 Mio. landwirtschaftlichen Betrieben in der EU [...] 4,0 Mio. einen Standardoutput von weniger als 2 000 Euro zu verzeichnen“¹⁷ hatten. Diese vier Millionen Betriebe „waren lediglich für 1 % der gesamten landwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung verantwortlich“¹⁸. Dagegen haben „die 296 000 Betriebe (bzw. 3 % aller Betriebe) in der EU, die jeweils einen Standardoutput von 250 000 Euro oder mehr erwirtschafteten“¹⁹, im Jahr 2016 zu „55 % der gesamten landwirtschaftlichen Wirtschaftsleistung der EU“²⁰ beigetragen. Dabei stammte mehr als die Hälfte (54 %) „des in der EU durch die Landwirtschaft erzeugten Standardoutputs [...] von landwirtschaftlichen Betrieben in Frankreich (17 %), Deutschland (13 %), Italien (12 % im Jahr 2013) und Spanien (11 %)“²¹. Auf der anderen Seite war Rumänien, dass „etwa ein

Drittel der landwirtschaftlichen Betriebe in der EU aufzuweisen hatte, [für] nur für 3,4 % des EU-Standardoutputs verantwortlich²².

Im Jahr 2017 ist „die gesamte landwirtschaftliche Erzeugung in der Europäischen Union [...] auf 432,6 Milliarden Euro zu Herstellungspreisen“²³ angestiegen. Dies bedeutete „im Vergleich zu 2016 einen Anstieg um 6,2 %“²⁴. „Mit 72,6 Mrd. Euro (bzw. 17 % des EU-Gesamtwerts) hatte Frankreich 2017 die höchste gesamte landwirtschaftliche Erzeugung aller Mitgliedstaaten zu verzeichnen, gefolgt von Deutschland (56,2 Mrd. Euro bzw. 13 %), Italien (55,1 Mrd. Euro bzw. 13 %), Spanien (50,6 Mrd. Euro bzw. 12 %), dem Vereinigten Königreich (31,8 Mrd. Euro bzw. 7 %) [und] den Niederlanden“²⁵. In Deutschland wurde dabei ein Anstieg der landwirtschaftlichen Erzeugung um 8,6 % gemessen.²⁶ Dieser Anstieg der landwirtschaftlichen Erzeugung im Jahr 2017 gegenüber dem Jahr 2016 „ist hauptsächlich auf eine Zunahme des Werts der tierischen Erzeugung (+10,3 %) zurückzuführen, die fast ausschließlich durch einen Anstieg der Preise (+10,3 %) bedingt ist“²⁷. „Der Wert der pflanzlichen Erzeugung nahm in der EU um 3,6 % zu, wobei die Menge um 1,7 % und die Preise um 1,9 % stiegen.“²⁸

In Deutschland hat sich in den letzten Jahren der Konzentrationsprozess in der Landwirtschaft weiter fortgesetzt. Die deutsche Landwirtschaft wurde aufgrund der verfehlten Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte immer weiter auf die Produktion für den Weltmarkt ausgerichtet. Aufgrund dieser Entwicklung wurden in Deutschland im Jahr 2017 „27,1 Millionen Schweine, 12,4 Millionen Rinder, 1,8 Millionen Schafe und 41 Millionen Legehennen gehalten“²⁹. Grund dieser hohen Tierzahlen war die einseitige Ausrichtung der Landwirtschaft auf den Export: So gingen im Jahr 2014 50 % des in Deutschland produzierten Geflügelfleisches, 43 % des Rind-

fleisches und 42 % des Schweinefleisches in den Export.³⁰ Diese Ausrichtung führte zu einer immer weiteren Industrialisierung der Landwirtschaft mit immer größeren Megaställen. So werden heute „über 70 Prozent aller deutschen Masthühner [...] in Betrieben mit mehr als 50.000 Tieren“³¹ produziert. Durch diese hohe Anzahl an Nutztieren in der deutschen Landwirtschaft „entstanden 208 Millionen Kubikmeter Gülle, Jauche und Gärreste, die auf Weiden und Äckern als Dünger ausgebracht wurden“³². Der hohe Tierbestand führt zu einer Belastung des Grundwassers. Immer häufiger werden die Nitrat-Grenzwerte der EU-Nitratrichtlinie³³ überschritten. Nach der EU-Grundwasserverordnung liegt der Grenzwert für Nitrat bei 50 Milligramm pro Liter. Im Jahr 2016 wurde dieser Grenzwert bei „bundesweit 700 Grundwassermessstellen überschritten“³⁴. Im Durchschnitt überschritten „28 Prozent der Messstationen im Zeitraum 2012 bis 2015 den Grenzwert von 50 Milligramm pro Liter Wasser“³⁵. Auch für die Meere stellt die industrielle Landwirtschaft ein großes Problem dar. Jahr für Jahr kommen „zu viele Nährstoffe aus der Landwirtschaft [...] ins Meer“³⁶. Zwischen 2006 und 2016 wurden durch die Flüsse jährlich zwischen 10.000 Tonnen und 29.000 Tonnen Stickstoff aus Deutschland in die Ostsee gebracht.³⁷

Seit 1970 sind in Deutschland mehr als 900.000 landwirtschaftliche Betriebe geschlossen worden. So haben „etwa 5600 Milchbauern [...] seit Wegfall der Milchquote im Frühjahr 2015 aufgegeben“³⁸. Auf der anderen Seite hat sich die durchschnittliche Betriebsgröße fast versechsfacht. Alleine zwischen 2013 und 2016 hat die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe um etwa 3,4 Prozent (etwa 9.600 Betriebe)³⁹ abgenommen. Danach bewirtschafteten „nach endgültigen Ergebnissen [...] im Jahr 2016 in Deutschland 275 400 landwirtschaftliche Betriebe insgesamt rund 16,7 Millionen Hektar landwirt-

schaftlich genutzte Fläche⁴⁰. Von den 275.400 Betrieben werden in Deutschland lediglich 19.900 Betriebe als „Öko-Betriebe“ geführt⁴¹. Im Jahr 2015 „betrug der Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche 6,5 %“⁴², im Jahr 2017 waren es 8,2 %⁴³. Es zeichnet sich ab, dass im Jahr 2016 und 2017 diese Fläche nicht signifikant zugenommen hat. Die Politik der Bundesregierung schafft es damit nicht, ihr selbst definiertes Ziel, dass „der Anteil landwirtschaftlicher Flächen unter ökologischer Bewirtschaftung zukünftig 20 Prozent betragen [soll]“⁴⁴, zu erreichen. Aufgrund der herrschenden Politik ist Deutschland noch weit von einer ökologischen Ausrichtung der Landwirtschaft entfernt.

Exkurs: Landwirte – Schlüsselakteure für Nachhaltige Entwicklung in der Zwickmühle

Die Landwirtschaft spielt nicht nur eine wichtige Rolle für nachhaltige Ernährungswende. Die nachhaltige Bewirtschaftung von Agrarflächen hat viele darüber hinausgehende ökologische und kulturelle Funktionen. Landwirte genießen in der Gesellschaft unter anderem deswegen ein hohes Vertrauen (DBV, 2017)⁴⁵. 78 % aller Deutschen vertrauen den deutschen Bauern, zwei von drei Bundesbürgern haben ein positives Bild von der deutschen Landwirtschaft, obwohl 72 % der Befragten angeben, eher weniger bis gar nichts über die moderne Landwirtschaft zu wissen.

Landwirte sind daher in vielerlei Hinsicht Schlüsselakteure für einen nachhaltigen Wandel in der Ernährungs- und Landwirtschaft. Deswegen ist es von hoher Bedeutung, dass Bauern auch mit kleinen Hofgrößen die Chancen haben, die vielfältigen ökonomischen und ökologischen

Funktionen unter angemessenen Rahmenbedingungen zu erfüllen.“⁴⁶

Die Ökonomisierung der Landwirtschaftspolitik und die einseitige Ausrichtung auf den Weltmarkt haben den bäuerlichen Landwirtschaftsbetrieben geschadet. Im Zeitraum von 2007 bis 2017 ist die Anzahl der Erwerbstätigen von 40,3 Millionen auf 44,2 Millionen angestiegen, während die in der Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei beschäftigten Erwerbstätigen im selben Zeitraum von 667.000 auf 617.000⁴⁷ zurückgegangen sind. Im Jahr 2016 setzten sich die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft aus 449.100 Familienarbeitskräften und etwa 204.600 ständig angestellten Arbeitskräften zusammen.⁴⁸ Zu diesen Arbeitskräften kommen jährlich zusätzlich etwa 286.300 Saisonarbeitskräfte hinzu.⁴⁹ Insgesamt beträgt die jährliche Abnahmerate der Arbeitsplätze in der Landwirtschaft fast drei Prozent.⁵⁰

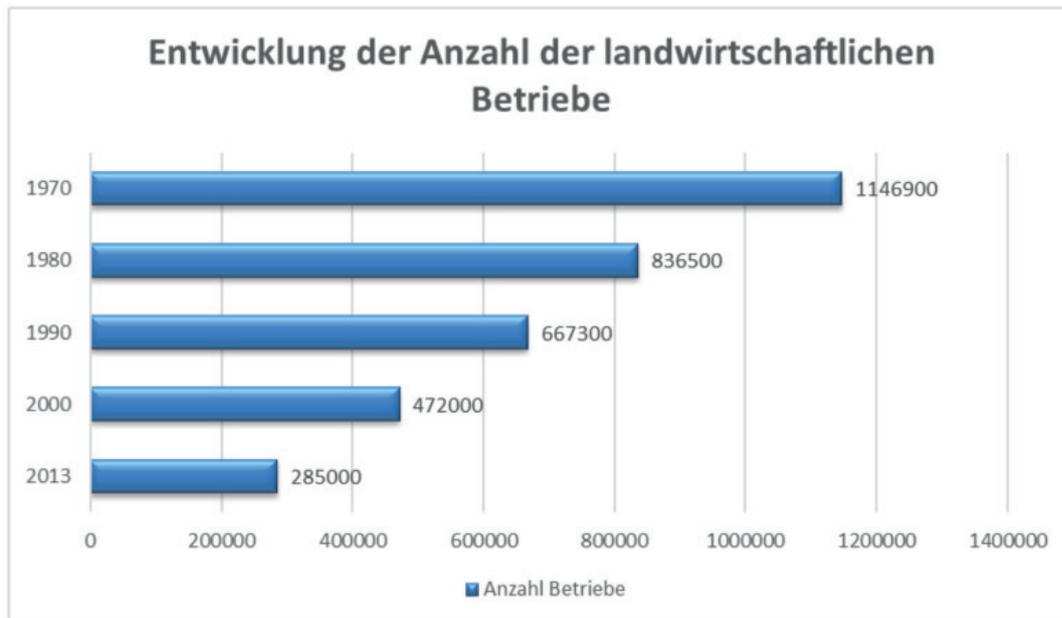
Gleichzeitig darf jedoch nicht übersehen werden, dass zu den direkt in den landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigten „weitere Arbeitskräfte in den vor- und nachgelagerten Bereichen“⁵¹ hinzukommen. So waren im Jahr 2012 „in insgesamt 750.000 Betrieben rund 4,5 Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen direkt oder indirekt mit der Herstellung, Verwendung und Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Produkte beschäftigt“⁵².

Auch die Bundesregierung muss seit vielen Jahren in ihren offiziellen Stellungnahmen eingestehen, dass sich die Anzahl der Landwirtschaftsbetriebe immer mehr reduziert. Die Abnahmerate landwirtschaftlicher Betriebe mit Viehhaltung betrug zwischen 2010 und 2016 bei Rinderbetrieben -16 %, bei Milchkühen -23 %, bei Schweinen -33 %, bei Geflügel -19 % und bei Schafen -12 %.⁵³

Im Jahr 2009 schrieb das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV):

» *„Die Strukturentwicklung in der Landwirtschaft folgt weiterhin dem langjährigen Trend: Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist rückläufig. Sie ging von 1999 bis 2007 um 20,6 Prozent zurück, von rund*

472.000 auf etwa 374.500. In diesen über 374 Tausend land-, forst- und fischereiwirtschaftlichen Unternehmen arbeiten knapp 1,3 Millionen Menschen, das sind 12,9 Prozent weniger als 1999. Sie erzielen eine Bruttowertschöpfung von rund 20 Milliarden Euro, d. h. 0,9 Prozent der gesamten Bruttowertschöpfung in Deutschland.“⁵⁴



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, a. a. O., S. 7.

Im Jahr 2016 schreibt das BMEL:

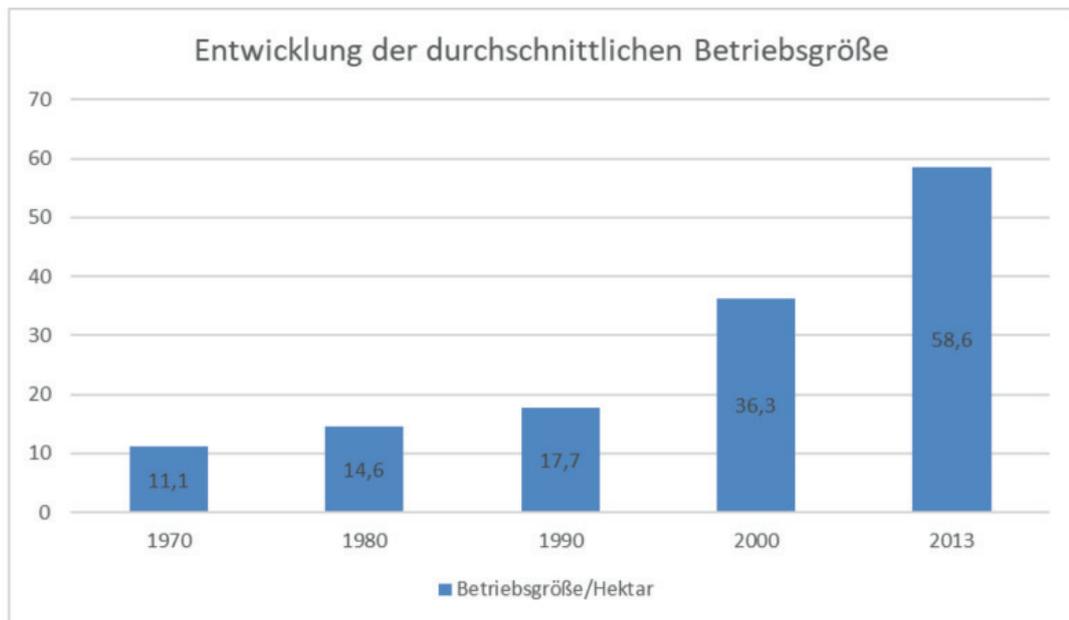
» *„Die Landwirtschaft hat sich in den vergangenen Jahrzehnten stark gewandelt. Die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten nimmt ab. Die Mengen der erzeugten Produkte sind hingegen stark gestiegen. Die Erklärung für diesen scheinbaren Widerspruch: Die verbleibenden Betriebe werden größer und leistungsfähiger und wirtschaften effizienter.“⁵⁵*

Die eigene Analyse der Bundesregierung kommt einer Bankrotterklärung gleich. Die Betriebe werden immer größer und die landwirtschaftliche Massenpro-

duktion wird weiter forciert. Im Mittelpunkt steht nicht der nachhaltige und die ökologische Vielfalt unterstützende landwirtschaftliche Betrieb, sondern einzig und alleine der größere, leistungsfähigere und wirtschaftlich rentabler arbeitende landwirtschaftliche Betrieb.

Während die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe stetig abnimmt, hat sich die durchschnittliche Größe der landwirtschaftlichen Betriebe entgegengesetzt entwickelt.

Die landwirtschaftlichen Betriebsgrößen stellen sich dabei in den Bundesländern sehr unterschiedlich dar. Hierbei besteht in Deutschland „ein Nord-Süd-



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, a. a. O., S. 7

Gefälle der Betriebsgrößen⁵⁶. So sind „kleinbetriebliche Strukturen [...] vor allem im Süden Deutschlands zu finden“⁵⁷. Während die Durchschnittsgröße landwirtschaftlicher Betriebe in Bayern bei 34,7 Hektar, in Baden-Württemberg bei 34,9 Hektar, in Niedersachsen bei 68,7 Hektar und Schleswig-Holstein bei 77,9 Hektar liegt, betragen die Durchschnittsgrößen in den neuen Bundesländern zwischen 139,4 Hektar (Sachsen), 216,0 Hektar (Thüringen), 270,1 Hektar (Sachsen-Anhalt) und 274,9 Hektar (Mecklenburg-Vorpommern).⁵⁸

Der industrielle Fortschritt in der Landwirtschaft hat die Auswirkungen auf die natürlichen Lebensgrundlagen in den letzten Jahrzehnten drastisch verändert. Durch den „Einsatz von Maschinen zur Bodenbearbeitung und Ernte sowie die intensive Ausbringung von Pflanzenschutz- und Düngemitteln [wird der] Boden, das Wasser, die Luft und die in der Agrarlandschaft lebenden Tiere und Pflanzen⁵⁹ Intensiv beeinflusst. Zusätzlich ist die „intensive Stickstoffdüngung (organisch und mineralisch) [...] Verur-

sacher klimaschädlicher Treibhausgase, führt zu Nitratbelastungen des Grundwassers und trägt zur Nährstoffüberversorgung (Eutrophierung) von Flüssen, Seen und Meeren bei“⁶⁰. Darüber hinaus haben „Landnutzungsänderungen (insbesondere Grünlandumbruch und Moornutzung), Düngemittelausbringung [und], Bodenbearbeitung“⁶¹ zu einem deutlichen Verlust der Artenvielfalt beigetragen. Auch der mit der industriellen „Tierhaltung verbundene Ausstoß klimawirksamer Treibhausgase“⁶² ist eine Folge der heutigen Landwirtschaft.

Die heutige Landwirtschaft ist in weiten Teilen auf ständige Ertragssteigerung ausgerichtet. Dadurch hinterlässt diese Intensivlandwirtschaft „eintönige, ausgeräumte Agrarlandschaften“⁶³. Auch besteht die Gefahr, dass durch den „Einsatz von schweren Maschinen und die intensive Bodenbearbeitung [...] Bodenverdichtungen, eine steigende Gefahr für Wasser- und Winderosionen und ein[en] Verlust der Bodenfruchtbarkeit“⁶⁴ verursacht wird. Durch die „intensivere landwirtschaftliche Produktion und de[r]n

technische[n] Fortschritt [kommen] heute hochspezialisierte, leistungsstarke und schwere Maschinen (bis zu 60 Tonnen), Geräte und Transportfahrzeuge zum Einsatz⁶⁵. Diese haben „direkten Einfluss auf die Bodenstruktur und die Lebensbedingungen der Bodenlebewesen“⁶⁶ und können „indirekten Einfluss auf die Empfindlichkeit des Bodens gegenüber Erosion, Nährstoffaustrag und eine abnehmende Bodenfruchtbarkeit“⁶⁷ nehmen. So haben Untersuchungen gezeigt, dass in den „sehr fruchtbaren Lössböden der Bördenlandschaften Niedersachsens [...] seit 1970 die zusätzliche Bodenverdichtung pro

Jahrzehnt um ungefähr zehn Zentimeter Tiefe“⁶⁸ zunimmt.

Diese Technisierung und Mechanisierung haben dazu geführt, dass im Jahr 2016 ein*e in der Landwirtschaft Beschäftigte*r 157 Menschen ernähren konnte, während es im Jahr 1950 in der BRD 10 Menschen, im Jahr 1990 92 Menschen und ab 2000 in Gesamtdeutschland 144 Menschen waren.⁶⁹ Durch die neuen digitalen Techniken und neuere Produktionslösungen für die Ställe wird dieser Trend in den nächsten Jahren weiter zunehmen.

Weltmarkt für landwirtschaftliche Produkte nimmt zu

Die Landwirtschaft und Ernährungsindustrie sind weltweit mächtige Player auf den internationalen Exportmärkten. Im Jahr 2015 betrug der Gesamtwert aller Exporte nach Berechnungen der World Trade Organization (WTO) etwa 1,3 Billionen US-Dollar⁷⁰. Von allen weltweit gehandelten Gütern machten damit die Agrarexporte etwa acht Prozent der weltweit exportierten Güter⁷¹ aus. Aus Deutschland werden „rund ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft“⁷² exportiert, bei der Ernährungsindustrie „liegt die Exportquote ebenfalls bei rund 33 Prozent“⁷³. Auf den internationalen Märkten ist „Deutschland weltweit Nummer drei im Agrarexport“⁷⁴. Das BMEL betont, dass „Exporte von Gütern der Agrar- und Ernährungswirtschaft [...] für die Bundesrepublik Deutschland von großer wirtschaftlicher Bedeutung“⁷⁵ seien. Das Ministerium benennt als weiteren Grund, warum die Exporte für landwirtschaftliche Güter weiterhin intensiviert werden sollten, dass „vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der damit tendenziell sinkenden Nachfrage nach Nah-

rungsmitteln [...] der Markt im Inland und in der EU“⁷⁶ stagniere. Im Jahr 2016 liegen die „deutschen Agrarexporte [...] erstmals über 70 Milliarden Euro“⁷⁷. Stolz betont das Ministerium, dass sich „seit dem Jahr 1991 die Ausfuhren von Agrargütern nahezu vervierfacht [haben]; seit dem Jahr 2000 [...] um mehr als das Zweieinhalbfache gestiegen“⁷⁸ seien. In der gesamten BMEL-Publikation wird in keiner Weise auf die schädlichen Auswirkungen der ständig steigenden Landwirtschaftsproduktion durch die industrialisierten, auf Export ausgerichteten Betriebe eingegangen. Auch die katastrophalen Auswirkungen in den Lieferländern, die die benötigten Proteine für die industrialisierte Fleischproduktion liefern, werden in keiner Weise beleuchtet. Unter Landwirtschaftsminister Christian Schmidt wurden weitere vier Jahre für einen Umbau der Landwirtschaft zu einer ökologischen und nachhaltigen Produktion verlorren. Auch die bisherigen Entscheidungen durch Landwirtschaftsministerin Julia Klöckner lassen hier keine grundlegenden Veränderungen erwarten.

Das BMEL setzt weiterhin vor allem auf Exportausweitungen. Dabei ist es sich nicht zu schade, auf Theorien aus dem 18. und 19. Jahrhundert von Adam Smith und David Ricardo zurückzugreifen, wonach internationaler Handel grundsätzlich positiv sei und zum Vorteil aller.

Das BMEL drückt es dann so aus:

» *„Doch das Grundprinzip hat sich nicht verändert: In einem Land wird etwas nachgefragt, das dort nicht hergestellt wird – oder das in einem anderen Land zu günstigeren Preisen, in größerer Menge oder besserer Qualität erzeugt werden kann. Etwa, weil dort das Klima günstiger, die Arbeitskosten niedriger, die Strukturen effizienter oder die Böden fruchtbarer sind. So können alle Länder über den Agrarhandel ihre Standortvorteile nutzen bzw. ihre -nachteile ausgleichen. Ohne weltweiten Agrarhandel wäre die Auswahl an Lebensmitteln für die Verbraucherinnen und Verbraucher geringer und die Preise höher. Die Aufnahme von Handelsbeziehungen führt also zu Wohlfahrtsgewinnen in den beteiligten Ländern. Dies zeigt auch der ökonomische Erfolg der Europäischen Union sehr deutlich.“⁷⁹*

Das BMEL blendet jedoch völlig aus, dass „Adam Smiths klassische Überlegung zum Handel [...] aus seinem Verständnis von der industriellen Arbeitsteilung bei der Produktion einer Ware“⁸⁰ formuliert wurde. Selbst wenn man dieser Theorie Glauben schenken würde, ist eine solch plumpe Übertragung der Theorien von Smith und Ricardo auf landwirtschaftliche Produkte unter ökologischen und nachhaltigen Gesichtspunkten völlig inakzeptabel.

Adam Smith schrieb 1776 in „Wohlstand der Nationen“:

» *„Bei jedem klugen Hausvater ist es eine Regel, niemals etwas im Hause machen zu lassen, was ihm weniger kosten würde, wenn er es kaufte. Dem Schneider fällt es nicht ein, seine Schuhe zu machen, sondern er kauft sie vom Schumacher; dem Schumacher fällt es nicht ein, sich seine Kleider zu machen, sondern er beschäftigt den Schneider, und dem Pächter fällt es nicht ein, sich Eines oder das Andere zu machen, sondern er setzt jene beiden Handwerker in Nahrung. All diese Personen finden es in ihrem Interesse, ihren Gewerbefleiß ganz auf diejenige Art anzuwenden, in der sie Etwas von ihren Nachbarn voraus haben, und dann ihren übrigen Bedarf mit einem Teile ihres eigenen Erzeugnisses, oder was dasselbe ist, mit dem Preise eines Teiles zu kaufen.“⁸¹*

Auch sollte nicht vergessen werden, dass die Durchsetzung der neoliberalen und neoklassischen Freihandelsideologie durch die neoliberalen Wirtschaftsideologen vor allem das Ziel hatte, die führende Rolle der am ökonomisch weitesten entwickelten Staaten des globalen Nordens zu festigen und gleichzeitig die Integration möglichst vieler Regionen aus dem globalen Süden in die internationale Arbeitsteilung theoretisch zu begründen, um „den zunehmend nach Unabhängigkeit strebenden alten Kolonialländern eine theoretische Begründung [...] [für eine] nachholende Industrialisierung über die Integration in den Welthandel“⁸² zu vermitteln.

Dieser Freihandelsideologie hatte bereits Karl Marx deutlich widersprochen:

» *„Man sagt uns zum Beispiel, daß [sic] der Freihandel eine internatio-*

nale Arbeitsteilung ins Leben rufen und damit jedem Lande eine mit seinen natürlichen Vorteilen harmonisierende Produktion zuweisen würde. Sie glauben vielleicht, meine Herren, daß [sic] die Produktion von Kaffee und Zucker die natürliche Bestimmung von Westindien sei. Vor zwei Jahrhunderten hatte die Natur, die sich nicht um den Handel kümmert, dort weder Kaffeebäume noch Zuckerrohr gepflanzt. [...] Wenn die Freihändler nicht begreifen können, wie ein Land sich auf Kosten des anderen bereichern kann, so brauchen wir uns darüber nicht zu wundern, da dieselben Herren noch weniger begreifen wollen, wie innerhalb eines Landes eine Klasse sich auf Kosten einer anderen bereichern kann.“⁸³

Die Theorie des internationalen Handels baut auf die vereinfachte Vorstellung von Adam Smith auf. Sie „basiert zum großen Teil auf dem Prinzip des komparativen Vorteils“⁸⁴. „Dieses sogenannte Prinzip des komparativen Vorteils besagt, dass ein Land selbst dann durch Handel profitieren kann, wenn es bei der Produktion aller Güter absolut effizienter (oder weniger effizient) als andere Länder ist.“⁸⁵ Mit den realen Bedingungen in der landwirtschaftlichen Produktion hat diese Theorie wenig zu tun. Die Situation der kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe verschlechtert sich immer mehr. Große Megakonzerne bestimmen das Agrarbusiness und setzen ihre Forderungen für eine weltweite Industrialisierung der Landwirtschaft immer schneller durch. Für diese Strategie wird die Artenvielfalt in der Landwirtschaft immer weiter zurückgedrängt, gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere eingesetzt und die landwirtschaftliche Produktion auf industrielle Massenprodukte ausgerichtet. Ökologie, Nachhaltigkeit und der Schutz der Umwelt bleiben damit immer weiter auf der Strecke.

Der Aufruf zur -Demonstration „Wir haben es satt“ 2018 zeigte diese Entwicklung in klaren Worten auf:



„Unternehmen wie Bayer und Monsanto fusionieren zu immer größeren Megakonzerne, wollen Macht vom Acker bis zum Teller – und verdienen Milliarden mit unserem Essen. Die Konsequenz: Lebensmittel-Skandale, Glyphosat und Antibiotikaresistenzen, Verlust der Artenvielfalt und verschmutztes Trinkwasser, Gentechnik und Patente auf Pflanzen und Tiere. Doch wir wollen gesundes Essen von Bäuerinnen und Bauern für alle! Für eine Ernährungspolitik, die auf regionale und nachhaltige Lebensmittel setzt statt auf industrielle Massenprodukte!

In Megaställen und Schlachthöfen, wo Arbeitsrechte oftmals mit Füßen getreten werden, trimmt die Fleischindustrie die Tiere immer weiter auf Profit. Doch Schweine, Hühner und Kühe brauchen Stroh, Auslauf und Weideland. Das 'immer mehr', 'immer größer' und 'immer intensiver' in der Landwirtschaft treibt Bauernhöfe in den Ruin. Seit 2005 hat jeder dritte landwirtschaftliche Betrieb in Deutschland dichtgemacht. Schluss mit den Subventionen an die Agrarindustrie! Die Bundesregierung muss den Umbau hin zu artgerechter Tierhaltung wirksam fördern!

Aggressive Exportstrategien und verfehlte Agrarpolitik ruinieren Bäuerinnen und Bauern auf der ganzen Welt. Mit Kampfpreisen und Landraub ziehen große Konzerne den Bauernhöfen im globalen Süden und in Europa den Boden unter den Füßen weg. Statt Konzerninteressen mit Freihandelsab-

kommen abzusichern, brauchen wir weltweit sicheren Zugang zu Land, Wasser, Saatgut und Nahrung. Auch kleine und mittlere Betriebe, die Tiere gut halten und Klima und Umwelt schützen, müssen von

*ihren Produkten leben können – überall. Deswegen: Schluss mit Dumping-Exporten – für globale Bauernrechte und eine weltweite Agrarwende!*⁴⁸⁶

Situation der Agrarindustrie

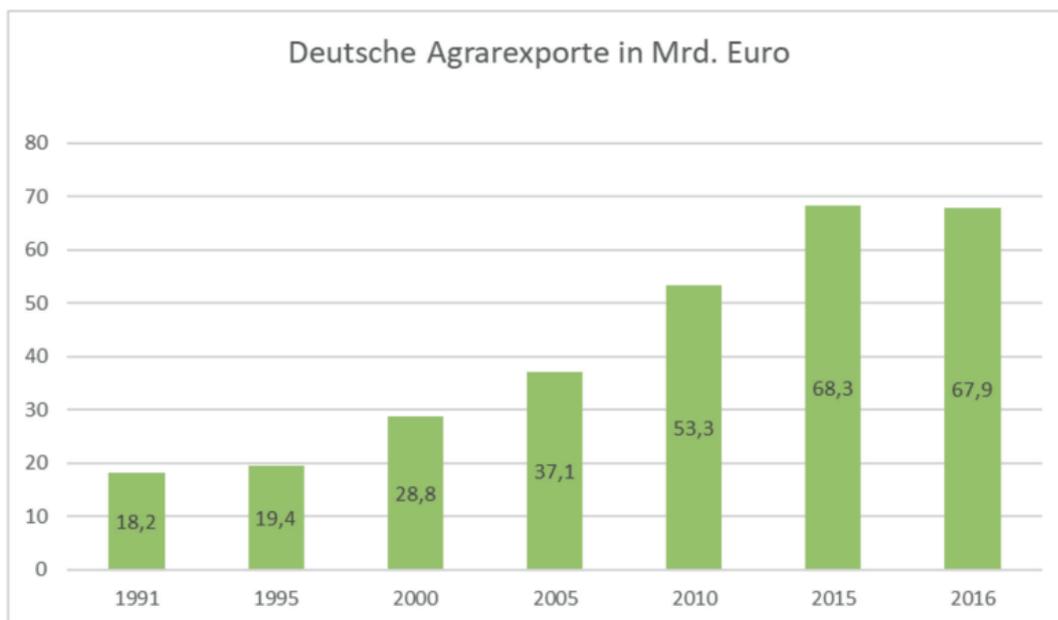
Agrarexporte

Die deutsche Landwirtschaft wurde aufgrund einer verfehlten Landwirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten immer weiter auf den Export für den Weltmarkt ausgerichtet. Zwischenzeitlich gehen „etwa ein Drittel der Gesamtproduktion der deutschen Landwirtschaft“⁸⁷ in den Export. Das BMEL sieht diese Entwicklung positiv und betont, dass aus Deutschland „Agrarprodukte im Wert von über 70 Milliarden Euro“⁸⁸ exportiert würden und deshalb „rund 320.000 Arbeitsplätze – vorwiegend in unseren ländlichen Räumen – vom Export abhängen.“⁸⁹ Weiter wird dann ausgeführt: „Wie in den vergangenen Jahren entwickelte sich der deutsche Agraraußenhandel 2016 positiv. Nach vorläufigen Daten stiegen die Ausfuhren von Agrar- und Ernährungsgütern um 3,8 Prozent auf nunmehr 67,9 Milliarden Euro (2015: 65,4 Milliarden Euro), während die Einfuhren um 3,5 Prozent auf 77,1 Milliarden Euro (2015: 74,5 Milliarden Euro) zunahmen.“⁹⁰

Durch die zunehmenden Agrarexporte werden immer mehr Produzent*innen in Afrika gezwungen, ihre landwirtschaftlichen Betriebe aufzugeben und wegen fehlender Alternativen in die großen urbanen Zentren abzuwandern. Die produzierenden Geflügelbetriebe in Westafrika „leiden schon seit Jahren unter billigen europäischen Importen“⁹¹. Auch die Milchwirtschaft in Afrika, „die mit Milchpulver von Nestlé konkurrie-

ren muss, oder den Tomatenanbauern, die im Wettbewerb mit Tomatenmark aus Italien stehen“⁹², werden durch die hochsubventionierte europäische Landwirtschaft an die Wand gedrückt. Ergebnis ist die zunehmende Zerstörung der heimischen Erzeugermärkte und eine größer werdende Abhängigkeit vom Import von Lebensmitteln. Diese Entwicklung ist für viele afrikanische Staaten katastrophal, da „in fast allen Ländern Afrikas [...] die Menschen mehrheitlich von der Landwirtschaft“⁹³ leben. Ausdrücklich unterstützen die NaturFreunde alle Maßnahmen, die in den Staaten der EU dazu führen, das die landwirtschaftlichen Betriebe „nicht nur möglichst viel produzieren, sondern auch für ein ökologisches Gleichgewicht sorgen und ansprechende Zustände auf dem Lande“⁹⁴ schaffen. Eine solche Agrarpolitik muss den Fetisch des Wachstums und die Exportorientierung der europäischen Landwirtschaft sofort beenden.

Zwar argumentiert das Landwirtschaftsministerium, dass keine Exportsubventionen für die Ausfuhr von landwirtschaftlichen Produkten gegeben würden, die EU unterstützt jedoch die landwirtschaftlichen Betriebe mit zum Teil hohen Subventionen, so dass die landwirtschaftlichen Produkte „sowohl in Europa als auch außerhalb zu sehr niedrigen Preisen“⁹⁵ angeboten werden können, da die Lebensmittelpreise nur ein Teil der Einnahmen der Betriebe sind.



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, a. a. O., S. 7

Der Grain Club, „ein Zusammenschluss von acht Verbänden der deutschen Lebens- und Futtermittelwirtschaft, plädiert [...] dafür, dass die EU mehr Agrarprodukte produziert und damit auch exportiert“⁹⁶. Im Grain Club haben sich Bundesverband der Agrarergewerblichen Wirtschaft e.V., Deutscher Raiffeisenverband e.V., Deutscher Verband des Großhandels mit Ölen, Fetten und Ölrohstoffen e.V., Deutscher Verband Tiernahrung e.V., Verband der ölsaatenverarbeitenden Industrie in Deutschland e.V. und Verein der Getreidehändler der Hamburger Börse e.V. zusammengeschlossen.⁹⁷ Die Geschäftsstelle des Grain Club ist beim Deutschen Raiffeisenverband angesiedelt. Damit hat sich eine auf den Export ausgerichtete Lobbygruppe in der Geschäftsstelle der Genossenschaft der landwirtschaftlichen Betriebe niedergelassen, die historisch dafür gegründet wurde, kleinen und mittleren bäuerlichen Betrieben zu helfen, im Existenzkampf besser bestehen zu können. Die Anfänge der Raiffeisen-Genossenschaften hatten das Ziel, Bauern und Landwirte zu unterstützen und damit „dem drohenden sozia-

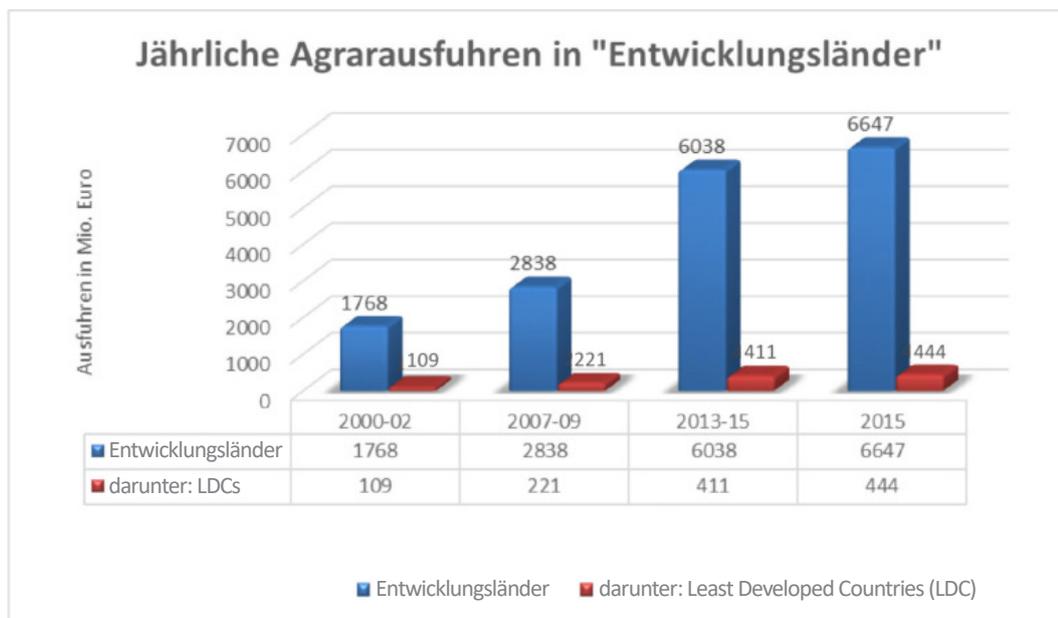
len Abstieg vorzubeugen und entgegenzuwirken“⁹⁸. Mit ihrer heutigen Politik im Rahmen des Grain Clubs schadet sie den Interessen und der Entwicklung einer eigenständigen Landwirtschaft in den Ländern des globalen Südens.

Der Grain Club behauptet, dass nur eine „international wettbewerbsfähige deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft [...] zur Ernährung der Weltbevölkerung mit hochwertigen Nahrungsmitteln sowie zu mehr Klima- und Ressourcenschutz“⁹⁹ beitragen könne. Aus diesem Grund fordern die Agrarexportlobbyisten „neue Züchtungsmethoden, moderne Verfahren des Pflanzenschutzes und der Düngung“¹⁰⁰, „offene Märkte [...], um die dynamisch wachsende Nachfrage in den Schwellenländern zu befriedigen“¹⁰¹, sowie „freien Zugang zu den internationalen Märkten und den verfügbaren Rohstoffen“¹⁰². Unter der Überschrift „Agrarromantik fehl am Platz!“ forderte der frühere Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt beim Grain Club, „Kleinbauern vor Ort fit für den Markt zu machen“¹⁰³ und „durch globale Partner-

schaften könne das deutsche Agribusiness [...] einen wesentlichen Beitrag leisten¹⁰⁴. Mit diesen Forderungen soll Druck auf die Politik ausgeübt werden, damit die Weltagrarmärkte noch weiter liberalisiert, die Anwendung der grünen Gentechnik vorangebracht und die Industrialisierung der Landwirtschaft weiter forciert werden kann.

Die Tendenz ist dabei eindeutig.

Die Exporte in sogenannte Entwicklungsländer nehmen seit vielen Jahren immer weiter zu. So lieferte Deutschland im Jahr 2014/15 „rund 8 Millionen Tonnen Weizen in Nicht-EU-Länder – viermal so viel wie vor vier Jahren“¹⁰⁵. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Grünen im Europaparlament, Maria Heubuch, weist darauf hin, dass die einseitige Exportorientierung der EU dazu führe, dass „Afrika in Dumpingprodukten wie



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, a. a. O., S. 15

Milchpulver und Hähnchenteilen versinke, während in der EU täglich Bauernhöfe geschlossen werden müssten¹⁰⁶. Auch der Export von Hähnchenfleisch nach Westafrika nimmt ständig zu. Dieses Fleisch ist so billig, „dass die einheimischen Bauern nicht mehr mithalten können und pleitegehen“¹⁰⁷. So haben sich die „Exporte von Hähnchenfleisch aus der EU in afrikanische Länder seit 2009 fast verdreifacht“¹⁰⁸. Die exportierte Menge von Hähnchenfleisch aus den Ländern der EU stieg seitdem „von 199.000 Tonnen auf 592.000 Tonnen“¹⁰⁹. Der Export aus Deutschland stieg von 7.000 Tonnen im Jahr 2009 auf 48.000 Tonnen im Jahr 2014.¹¹⁰

In deutschen Schlachthöfen werden jedes Jahr „750 Millionen Tiere, darunter circa 670 Millionen Masthühner, Suppenhühner und Puten, 60 Millionen Schweine, 3,6 Millionen Rinder und weitere Millionen andere Tiere“¹¹¹ geschlachtet. Von diesen riesigen Mengen Hühnerfleisch gehen immer größere Anteile in den Export. Ein Grund für die extrem niedrigen Preise für die Hähnchenfleischexporte aus der EU ist, dass die „europäische Fleischindustrie tausende Tonnen schwer verkäufliches Hühnerfleisch in afrikanischen Entwicklungsländern [entsorgt] und dort mit Niedrigstpreisen die Bauern in den Ruin [treibt]“¹¹². „Seit 2010 hat die EU ihre Ge-

flügelfleisch-Exporte nach Afrika um 182 Prozent gesteigert, Deutschland die seinen im gleichen Zeitraum fast verdreifacht. Im vergangenen Jahr überschwebten 42.700 Tonnen deutsches Geflügelfleisch die afrikanischen Märkte. Mit verheerenden Folgen: In Togo deckten vor den Massenimporten jährlich rund zehn Millionen Hühner den Fleischbedarf; heute sind nur noch die wenigen übrig, die in den Dörfern meist zur Selbstversorgung dienen. Auch im benachbarten Benin, in Ghana, selbst im Kongo – überall kämpfen Bauern angesichts der Importflut ums Überleben.¹¹³

Diese Exportorientierung der Landwirtschaft muss aufgegeben werden. Die NaturFreunde setzen sich dafür ein, „dass im Kampf gegen den Hunger nichts wichtiger ist als die Förderung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft“¹¹⁴ in den Staaten des globalen Südens. Zur Erreichung dieses Ziels ist „der Export der westlichen Agrarindustrie mehr als kontraproduktiv“¹¹⁵.

Das BMEL sieht jedoch in den zunehmenden Exporten von Agrargütern aus den Staaten der EU keine größeren Probleme und führt dazu aus, „nach Angaben von EUROSTAT bzw. dem Statistischen Bundesamt exportierte die Europäische Union 2013 insgesamt rund 261.000 Tonnen Geflügelfleisch nach Westafrika, davon stammten aus Deutschland rund 15.000 Tonnen. Im Jahr 2015 betragen die EU-Exporte rund 274.000 Tonnen, darunter rund 10.000 Tonnen aus Deutschland (rund 2,0 Prozent der gesamten deutschen Geflügelfleischexporte)“¹¹⁶.

Mit den Zahlen versucht das BMEL zu begründen, warum weitere Steigerungen von Exporten von Agrargütern in die Staaten des globalen Südens aus seiner Sicht kein Problem darstellt. So führt das Ministerium weiter aus:



„Die deutschen Geflügelfleischexporte nach Ghana lagen 2013 bei rund 5.000 Tonnen (rund ein Prozent der gesamten deutschen Geflügelfleischexporte), 2015 bei rund 4.000 Tonnen (rund 0,8 Prozent der gesamten deutschen Geflügelfleischexporte). Nach Angaben der UN-COMTRADE-Datenbank importierte Ghana 2013 (aktuellstes verfügbares Jahr) insgesamt rund 170.600 Tonnen Geflügelfleisch, wovon 63.800 Tonnen aus den USA, 55.900 Tonnen aus der Europäischen Union (davon 4.200 Tonnen aus Deutschland) und 40.200 Tonnen aus Brasilien stammten. Ein relativ kleiner Teil des Geflügel fleisches wird aus anderen Ländern eingeführt. In Bezug auf die Europäische Union ist in den letzten beiden betrachteten Jahren eine leicht abnehmende Tendenz in den absoluten Mengen der Geflügelimporte zu verzeichnen, wohingegen die Importe aus den USA weiterhin eine eher steigende Tendenz andeuten. [...] Seit Mitte der 1980er Jahre ist die ghanaische Produktion an Geflügel fleisch und Eiern bis auf einen Einbruch in der Fleischproduktion 2009 kontinuierlich gewachsen. Im Zeitraum von 2003 bis 2013 verdoppelte sich die Geflügel fleischproduktion. Rund 51.000 Tonnen Geflügel fleisch wurden 2013 produziert, was mengenmäßig rund 30 Prozent der importierten Ware bzw. etwa den kompletten Importen der Europäischen Union entspricht. [...] Der Gesamtverbrauch und die Importe an Geflügel fleisch sind seit 2010 stärker gestiegen als die heimische Produktion. Der Selbstversorgungsgrad lag 2013 bei 23 Prozent. Das in Ghana für die Bevölkerung verfügbare Geflügel fleisch besteht zu einem großen Teil aus Importware.“¹¹⁷

Diese Position wird von den NaturFreunden Deutschlands bereits seit vielen Jahren deutlich kritisiert. Bereits 2014 forderten sie eine Agrarwende:

» *„Die Länder der Nordhalbkugel dürften ihre von Konzernen beherrschte industrialisierte Landwirtschaft nicht in die Entwicklungsländer exportieren, wenn dort die Ernährung der Bevölkerung gesichert werden sollte. [...] Die NaturFreunde Deutschlands sind sich mit den entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen einig, dass das Ziel, die Zahl der an Hunger leidenden Menschen weltweit bis zum Jahr 2030 auf Null zu reduzieren sowie die Durchsetzung des Rechts auf Nahrung Kernelemente der sogenannten Post-2015-Agenda werden müssen, an der gegenwärtig bei der UNO gearbeitet wird. In der Agenda müsse der Auf- und Ausbau einer sozial und ökologisch nachhaltigen Landwirtschaft festgeschrieben werden, die gezielt Kleinproduzenten unterstütze und regionale Versorgungsstrukturen weltweit stärke [...]. Die Agenda müsse auch den Schutz von Produzenten in Ländern des globalen Südens vor Dumping-Produkten festschreiben und sicherstellen, dass Finanzspekulationen, die zu einer Erhöhung der Nahrungsmittelpreise führten, gesetzlich unterbunden werden. Zudem müsse sie Instrumente zur Sicherung von Landrechten enthalten, die Land- und Wasserraub wirksam verhinderten.“¹¹⁸*

Agrarimporte

Auch die Agrarimporte aus den Ländern des globalen Südens nehmen weiter zu. Während im Jahr 1999 der Import von Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft bei 39,6 Mrd. Euro lag, hat sich das Volumen im Jahr 2010 auf 63,3 Mrd. Euro und im Jahr 2016 auf 81,603 Mrd. Euro

gesteigert.¹¹⁹ Im Jahr 2016 wurden dabei für 8,4 Mrd. Euro Ölsaaten und Produkte, für 7,1 Mrd. Euro Fleisch und Fleischerzeugnisse, für 6,2 Mrd. Euro Milch und Milcherzeugnisse und für 5,9 Mrd. Euro Getreide, Getreideerzeugnisse und Backwaren nach Deutschland eingeführt.¹²⁰ Mengenmäßig wurden dabei im Jahr 2016 für 16,8 Mrd. Tonnen Ölsaaten und Produkte, für 2,5 Mrd. Tonnen Fleisch- und Fleischerzeugnisse, für 4,8 Mrd. Tonnen Milch und Milcherzeugnisse und für 9,6 Mrd. Tonnen Getreide, Getreideerzeugnisse und Backwaren eingeführt.¹²¹ Deutschland steht dabei nach Angaben der Welthandelsorganisation (WTO) „sowohl bei den Agrarimporten als auch den Agrarexporten an dritter Stelle weltweit“¹²², nach den USA und China. Die Bundesregierung weist darauf hin, dass, mit Ausnahme des Jahres 2009, „seit dem Jahr 2000 [...] sowohl die Ein- als auch Ausfuhren von Agrargütern nahezu kontinuierlich angestiegen“¹²³ sind. Im Jahr 2015 „betrug der Gesamtwert dieser Exporte nach Angaben der WTO rund 1,3 Billionen US-Dollar (rund 1,2 Billionen Euro). Agrar- und Nahrungsmittlexporten machen damit rund acht Prozent aller weltweit exportierten Güter aus“¹²⁴.

Ein Beispiel für die ökologisch nicht verantwortliche Importstrategie für Agrarprodukte ist der massive Sojaimport Deutschlands. Jedes Jahr werden etwa 2,4 Millionen Tonnen Soja importiert¹²⁵. Damit beträgt der „durchschnittliche Jahresverbrauch [von Soja] in Deutschland 60 Kilo pro Kopf. Zum Vergleich: Kartoffeln (56 Kilo) und Brot (54 Kilo) liegen dahinter, Nudeln (8 Kilo) sind weit abgeschlagen.“¹²⁶ Dieser hohe Sojaverbrauch liegt am „Konsum von Fleisch, Eiern und Milchprodukten, [da] mehr als 80 Prozent des in Deutschland verbrauchten Soja [als] Kraftfutter im Tiermagen“¹²⁷ landen. Weltweit hat die Anbaufläche von Soja zwischen 2004 (93,33 Millionen Hektar) 2018 (128,34 Millionen Hektar) um

mehr als 35 Millionen Hektar zugenommen¹²⁸. Mit 91 % der globalen Anbaufläche entfiel der Löwenanteil 2016 auf gerade einmal fünf Länder: Die USA führen mit 72,9 Millionen Hektar, gefolgt von Brasilien (49,1 Mio. ha), Argentinien (23,8 Mio. ha), Kanada (11,6 Mio. ha) und Indien (10,8 Mio. ha). Der Anteil von gentechnisch veränderten Sojabohnen ist dabei beträchtlich. Im Jahr 2017 wurden weltweit etwa 94,1 Millionen Hektar mit gentechnisch veränderten Sojabohnen angebaut¹²⁹. In den USA betrug die Fläche 34,5 Millionen Hektar (GVO¹³⁰-Anteil 94 %), Brasilien 33,7 Millionen Hektar (GVO-Anteil 97 %), Argentinien 18,1 Millionen Hektar (GVO-Anteil 100 %), Paraguay 2,7 Millionen Hektar (GVO-Anteil 96 %) oder Kanada 2,5 Millionen Hektar (GVO-Anteil 85 %).¹³¹

„Die wichtigste Gentechnik-Pflanze bleibt Soja, die trotz eines leichten Rückgangs mit 91,4 Millionen Hektar immer noch gut die Hälfte der globalen Gentechnik-Anbaufläche ausmacht, gefolgt von Mais (60,6 Mio. ha), Baumwolle (22,3 Mio. ha) und Raps (8,6 Mio. ha).“¹³² Die gesamte weltweite Anbaufläche für gentechnisch veränderte Pflanzen lag im Jahr 2016 bei 185,1 Millionen Hektar. Etwa 91 Prozent der weltweiten Agrarflächen auf denen gentechnisch veränderte Pflanzen angebaut wurden entfallen „auf gerade einmal fünf Länder: Die USA führen mit 72,9 Millionen Hektar, gefolgt von Brasilien (49,1 Mio. ha), Argentinien (23,8 Mio. ha), Kanada (11,6 Mio. ha) und Indien (10,8 Mio. ha). Im einstelligen Millionen-Bereich folgen Paraguay, Pakistan, China, Südafrika und Uruguay. Den größten Flächenzuwachs verzeichnete Brasilien: Gegenüber 2016 vergrößerte sich die mit Gentechnik-Pflanzen bestellte Fläche um 11 %.“¹³³

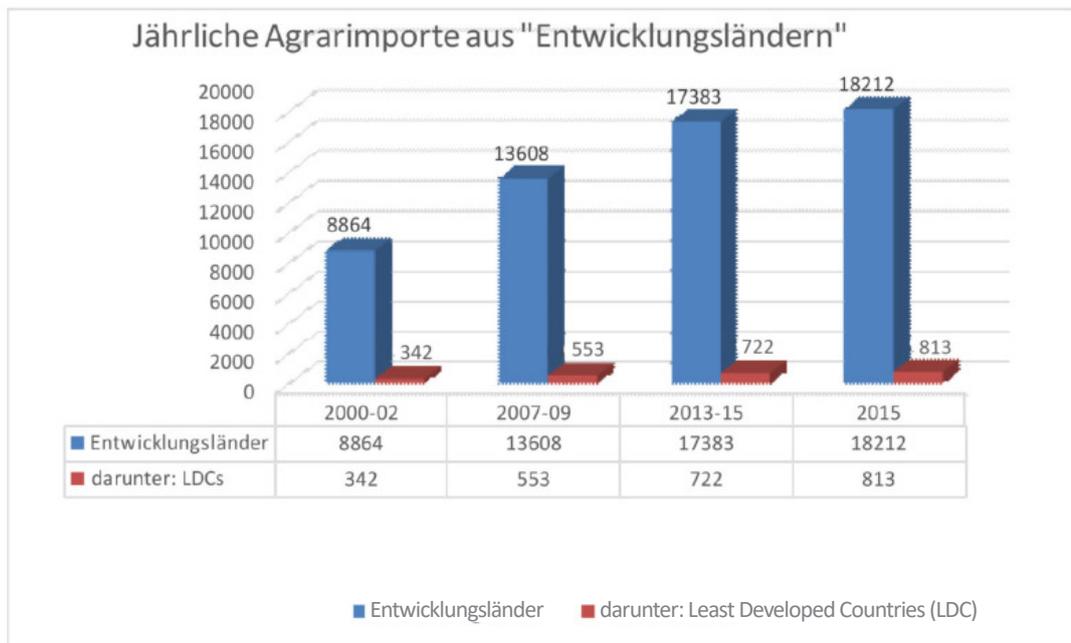
Weiter ist es auch nicht akzeptabel, dass gerade aus Ländern, in denen die Ernährung der Bevölkerung nicht sicher-

gestellt werden kann, immer größere Flächen für den Export von Proteinpflanzen für die Fleischproduktion in den Ländern des globalen Nordens verwendet werden und damit wertvolle Ackerflächen für die Produktion von Nahrungsmitteln für die Menschen in den Ländern des globalen Südens verlorengehen.

Die Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft spricht sich gegen Importbegrenzungen aus Ländern des globalen Südens aus. Sie betont, dass „Importbegrenzungen, die aus Effizienzgründen nach Herkunft zu differenzieren wären, mit WTO-Grundsätzen nicht vereinbar“¹³⁴ seien. Gleichzeitig betont sie, dass „handelspolitische Maßnahmen [...] nicht am Anfang der Lösung der Umweltprobleme in vielen Entwicklungsländern“¹³⁵ stehen sollten. Dieses Ergebnis ist erstaunlich, da die Untersuchung von Alois Basler eine Vielzahl von Beispielen aufzeigt, die zu einer Beeinträchtigung der Umwelt- und Lebensbedingungen für die Länder des globalen Südens führen können.

Als „Beispiele für die Beeinträchtigung der Umwelt und der Ressourcen in Entwicklungsländern“ benennt die Studie „Begrenzung der Agrarimporte aus Entwicklungsländern im Interesse des Umweltschutzes?“:

- „die Erzeugung von beliebigen Produkten nach Verfahren mit extrem hohem Energieeinsatz und den entsprechenden Konsequenzen für den CO₂-Ausstoß, der nachteilige Folgen für die Qualität der Luft im Erzeugerland, aber auch für das Weltklima hat,
- die räumlich konzentrierte und auf hohem Einsatz von Pestiziden beruhende Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte, welche die Qualität des Wasserhaushaltes einer Region beeinträchtigen oder die langfristige Nutzung der Gebiete für die Ag-



Quelle: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, a. a. O., S.13¹³⁶

- rar- und Nahrungsmittelproduktion gefährden können, wie beispielsweise der Baumwollanbau am Aral-See, der Sojaanbau in Brasilien oder die intensive Tierhaltung auf räumlich engem Raum in Europa,
 - die intensive Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte an Standorten mit starker Hanglage, die der Gefahr der Erosion und somit des Verlustes an landwirtschaftlichen Nutzflächen ausgesetzt sind,
 - der Anbau von Kulturen (vor allem Gemüse) mit einem hohen Wasserbedarf in Ländern und Gebieten mit starker Wasserknappheit, was die Wasserversorgung der Haushalte stark beeinträchtigen und dadurch gesundheitliche Risiken für die Bevölkerung hervorrufen kann,
 - die Erzeugung von Rundholz durch einen unkontrollierten Einschlag in tropischen Regenwäldern, die den Bestand der Wälder gefährdet, die massive Papiererzeugung in rohstoffarmen Ländern, die zu einer schrittweisen Reduzierung des Waldbestandes führt,
 - der Fischfang nach Verfahren, welche die Nachzucht gefährden oder welche den Bestand solcher Fischarten in Gefahr bringen, die gar nicht Fangziel sind, aber durch den Fang anderer Fische gefährdet werden.¹³⁷
- Basler hat in seiner Studie auch die machtpolitischen Hindernisse für einen gerechteren Welthandel im Bereich der Agrarexporte aus den Staaten des globalen Südens klar benannt und weist darauf hin, dass „die Umsetzung [...] in der Praxis aufgrund machtpolitischer Einflüsse und wirtschaftlicher Interessen in den Ländern selbst, aber auch durch Auflagen der internationalen Gemeinschaft von Staaten – wie etwa die Verpflichtung der Entwicklungsländer zur Steigerung der Exporte als Voraussetzung für neue Kredite – als äußerst schwierig und in vielen Fällen als unwahrscheinlich“¹³⁸ sind. Hierzu führt „Brot für die Welt“ aus, dass „sechs transnationale Konzerne die Weltmärkte für Pestizide und Saatgut“¹³⁹ beherrschen. Diese Konzerne haben eigene Interessen, eine offene exportorientierte

Strategie für den Weltmarkt mit Agrargütern durchzusetzen, um ihre Produkte noch besser in die lokalen Märkte der Staaten des globalen Südens exportieren zu können. Sollten die geplanten Übernahmen von Syngenta durch die chinesische ChemChina, die Fusion der US-amerikanischen Dow und DuPont sowie die Übernahme von Monsanto durch Bayer

zustande kommen, würde der weltweite Markt von Pestiziden und Saatgut nur noch von vier international agierenden Konzernen beherrscht, wovon die fusionierten neuen drei Unternehmen „über 65 % des globalen Pestizidmarktes und fast 61 % des kommerziellen Saatgutmarktes beherrschen“¹⁴⁰ würden.

Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel und seine Auswirkungen auf die Landwirtschaft

In der deutschen und europäischen Lebensmittelindustrie findet ein zunehmender Konzentrationsprozess statt. Dies hat dazu beigetragen, dass die „Produktions- und Machtstrukturen im Agrar- und Lebensmittelsektor in Europa [...] in den vergangenen Jahren die Ausweitung des agro-industriellen Produktions- und Konsummodells in Europa und global vorangetrieben“¹⁴¹ haben. Aufgrund dieser zunehmenden Marktmacht bestimmen „die Interessen der exportorientierten Lebensmittelkonzerne [...] heute die Ausrichtung für die GAP“¹⁴².

Ein zentrales Ziel der Ernährungsindustrie „ist die Sicherung und Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Lebensmittelsektors“¹⁴³. Hierfür sollen neben immer größeren Fusionen, einer zunehmenden Durchdringung des Weltmarktes und der verschiedenen regionalen und nationalen Märkte auch „landwirtschaftliche Rohstoffe, die einen großen Teil des Endprodukts ausmachen können, zu wettbewerbsfähigen d. h. niedrigen Preisen verfügbar“¹⁴⁴ sein.

Der Lebensmitteleinzelhandel (LEH) ist besonders stark von der Marktmacht einiger weniger großer Konzerne geprägt. Während 1999 bundesweit „noch acht große Lebensmittelhändler mit 70 Pro-

zent Marktanteil“¹⁴⁵ den bundesdeutschen Lebensmitteleinzelhandel prägten, waren es 2015 „noch vier Unternehmen – Edeka, Rewe, Aldi und die Schwarz-Gruppe mit Lidl und Kaufland – mit 85 Prozent Marktanteil“¹⁴⁶. Ein wichtiger Grund für diesen zunehmenden Konzentrationsprozess ist, dass „in den letzten dreißig Jahren [...] viele der ehemals bekannten Lebensmitteleinzelhändler [...], von Wettbewerbern übernommen [wurden und] Händler wie beispielsweise Allkauf, Deutscher Supermarkt, Leibbrand, Massa, Scharper, Stüssgen und Wertkauf“¹⁴⁷ aus dem Markt verdrängt wurden. Dieser andauernde Konzentrationsprozess wurde vor allem von „EDEKA, REWE und [...] [der] Schwarz-Gruppe [vorangetrieben]. EDEKA hat in den vergangenen Jahren mit der Übernahme der Spar Handels AG, der Netto Marken-Discount und dem Discountgeschäft von Tengelmann (Plus) Unternehmen integriert, die selbst der Spitzengruppe der führenden Handelsunternehmen angehörten. Im Jahr 2011 wurden zudem sechs SB-Warenhäuser, ein Fachmarkt und fünf Cash- & Carry-Märkte der Ratio Handel GmbH & Co. KG übernommen. Die Schwarz-Gruppe hat von METRO mehrere REAL-Märkte und SB-Warenhäuser aus der WalMart-Verkaufsmasse übernommen. REWE übernahm von

der METRO alle 248 Extra-Verbrauchermärkte sowie von EDEKA mehr als 300 Plus-Märkte im Zusammenhang mit der EDEKA/Tengelmann-Fusion.¹⁴⁸

Im Jahr 2016 lag mit einem Marktanteil von 20,1 Prozent und einem Umsatz von 53,8 Milliarden Euro Edeka an erster Stelle, gefolgt von der Schwarz-Gruppe mit 14,1 Prozent Marktanteil und 37,7 Milliarden Euro Umsatz¹⁴⁹. An dritter Stelle stand die Rewe Group mit 13,3 Prozent Marktanteil und einem Umsatz von 35,7 Milliarden Euro, an vierter Stelle Aldi mit 10,6 Prozent Marktanteil und 28,3 Milliarden Euro Umsatz, an fünfter Stelle die Metro Group mit 9,8 Prozent Marktanteil und 26,2 Milliarden Euro Umsatz.¹⁵⁰

Auf der Angebotsseite ist „die Ernährungsindustrie in Deutschland [...] heterogen strukturiert“¹⁵¹. Sie ist „trotz der auch hier zu beobachtenden Konzentrationstendenzen in einzelnen Bereichen weitgehend mittelständisch geprägt“¹⁵², mit Ausnahme der Fleischbranche, der Milchwirtschaft und der Zuckerindustrie¹⁵³. Auch ist „der deutsche Markt für die Herstellung von Haushalts- und Verarbeitungszucker“¹⁵⁴ oligopolistisch strukturiert, da die „Zuckerproduktion [...] im Wesentlichen von den drei Unternehmen - Südzucker, Nordzucker sowie Pfeifer & Langen - kontrolliert“¹⁵⁵ wird. In der Regel beschäftigen in der Ernährungsindustrie „mehr als 75 Prozent der Betriebe [...] weniger als 100 Mitarbeiter [und] die zehn größten Unternehmen erwirtschaften etwa 13 Prozent der Gesamtumsätze“¹⁵⁶.

In der Ernährungsindustrie gab es im Jahr 2016 etwa 5.940 Betriebe mit 580.000 Beschäftigten und einem Umsatz von 171 Milliarden Euro. Die Ernährungsindustrie stellt „die drittgrößte Industrie Deutschlands [...] mit einer Exportquote von 33 Prozent“¹⁵⁷ dar. Dabei machen Fleisch und Fleischprodukte 24,3 Prozent

vom Umsatz, Milch und Milchprodukte 13,2 Prozent, Backwaren 9,8 Prozent, Süßwaren 8,3 Prozent, alkoholische Getränke 7,6 Prozent und Obst und Gemüse 6,1 Prozent vom Umsatz aus.¹⁵⁸

Diese globale und nationale Machtverschiebung im Verhältnis zwischen Erzeuger*innen und dem weitgehend monopolisierten Lebensmitteleinzelhandel hat zu einer „Machtverschiebung im Agrar- und Lebensmittelsektor“¹⁵⁹ geführt, die „mittlerweile zu eindeutig und ihre Konsequenzen zu erheblich [sind], als dass sie ignoriert werden“¹⁶⁰ dürfen.

Deshalb kommt der Bericht „Wer hat die Macht? – Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten“ zu einer Reihe von Schlussfolgerungen, die von den NaturFreunden ausdrücklich geteilt werden:

- „Eine massive Machtkonzentration in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten ist nicht zufällig, sondern weit verbreitet auf vielen unterschiedlichen Stufen, etwa bei Anbietern von chemischen Betriebsmitteln, im Großhandel, in der Nahrungsmittelverarbeitung und im Einzelhandel.
- Mit dem Einfluss, den Großabnehmer gewonnen haben, steuern sie landwirtschaftliche Wertschöpfungsketten über vier unterschiedliche Formen von Kontrollstrukturen – vertikale Integration (Hierarchiemodell), strukturelle Abhängigkeitsverhältnisse (captive set-ups), Beziehungsnetzwerke und modulare Wertschöpfungsketten. Anhand dieser Strukturen haben Käufer die anderen Akteure der Kette über Zulieferer bis hin zur Produktion im Griff, weit entfernt vom Modell eines vollständigen Wettbewerbs des Marktes.
- Der Missbrauch von Nachfrage-

- macht führt zu unlauteren Handelspraktiken, sowohl im Einzelhandel als auch in Produzentenländern und auf allen Ebenen der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette.
- Die Kombination aus Machtkonzentration in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten und der Liberalisierung und Finanzialisierung des Weltmarkts erhöht sowohl Preisdruck und Preisschwankungen, als auch die Entwicklung zu intensiverer und stärker mechanisierter Landwirtschaft. Dies wiederum bringt bedeutende Auswirkungen für Kleinbauern und Arbeitskräfte in vielen Branchen und Regionen mit sich: unsichere Lebensgrundlagen, Kinderarbeit, prekäre Anstellungsverhältnisse und Umweltzerstörung.
 - Die europäische Wettbewerbspolitik ist nicht in der Lage, den Problemen, die aus der Machtposition der Käufer entstehen, angemessen zu begegnen. Die vorhandenen rechtlichen Instrumente, die bei der Eindämmung unlauterer Handelspraktiken nützlich sein könnten, liegen nur fragmentarisch vor. Bislang existiert kein kohärentes Instrumentarium, um der Problematik der Nachfragemacht in agrarischen Wertschöpfungsketten angemessen zu begegnen.
 - Um dem Missbrauch von Nachfragemacht zu begegnen und die Nachhaltigkeit landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten zu gewährleisten, sollte die europäische Wettbewerbspolitik das Verbraucherwohl weit über die bloße Kaufkraft hinaus in Betracht ziehen und es eng an das Wohl von Bauern und Arbeitskräften knüpfen.
 - Folgende Elemente sollten Teil dieser Strategie sein:
 - Förderung eines ausgeglicheneren

- Machtverhältnisses durch Unterstützung von Bauern- und Arbeiterorganisationen;
- Verbesserung der Transparenz von Kostenstrukturen entlang landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten;
 - Erneuerung des europäischen Wettbewerbsrechts, so dass das Neutralitätsprinzip wieder wirksam wird und sowohl strukturelle als auch verhaltensbezogene Probleme berücksichtigt werden;
 - Aufbau strengerer Durchsetzungsmechanismen und die Beendigung unlauterer Handelspraktiken;
 - Förderung der Prinzipien des Fairen Handels und seiner Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten.¹⁶¹

Diese Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel hat dazu geführt, dass „die meisten Lebensmittelhersteller, auch Fleisch- und Milchproduzenten [...], auf den Absatz über die großen Handelskonzerne angewiesen [sind] und kaum Ausweichmöglichkeiten [haben]“¹⁶², da „kurz- bis mittelfristig) weder Export, Spezialanbieter noch andere alternative Absatzwege einen verlorenen Kunden ersetzen können“¹⁶³. „Lebensmitteleinzelhandel ist ein „Flaschenhals“ für den Absatz der Hersteller von sog. „fast moving consumer goods“, da die Produzenten für den Absatz ihrer Produkte an die Endkunden auf den Lebensmitteleinzelhandel angewiesen sind.“¹⁶⁴

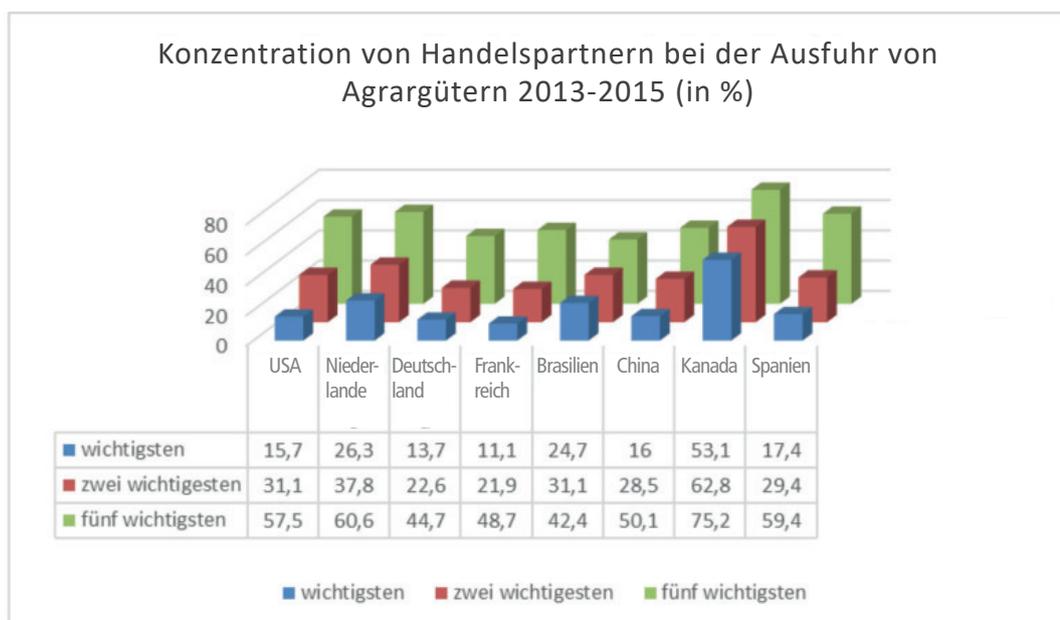
Dieser Marktmacht der vier großen Handelsunternehmen stehen auf „der anderen Seite mehr als 6.000 verschiedene Hersteller“¹⁶⁵ gegenüber. Diese zunehmende Konzentration im Lebensmitteleinzelhandel führt dazu, dass „aufgrund der Interdependenz zwischen Absatzmarkt und Beschaffungsmärkten [...] marktstarke Handelsunternehmen

sehr oft gleichzeitig Angebotsmacht gegenüber Mitbewerbern und Konsumenten und Nachfragemacht gegenüber den Produzenten [ausüben]¹⁶⁶. Dies hat dazu geführt, dass sich die Verhandlungsposition der Ernährungsindustrie deutlich verschlechtert hat und die großen Einzelhandelskonzerne immer mehr die Einkaufspreise diktieren können. Diesen Preisdruck geben die Lebensmittelverarbeiter *innen weitestgehend an die landwirtschaftlichen Betriebe weiter, was zu einem ruinösen Wettbewerb führt.

Auch der Agrarexport wird in vielen Staaten des globalen Nordens von immer weniger großen Konzernen bestimmt. So machen in den USA die fünf größten Lebensmittelkonzerne mehr als 57 Prozent des gesamten Agrarexports der USA unter sich aus, in Deutschland sind es mehr als 44 Prozent, in China über 50 Prozent und in Frankreich 48,7 Prozent. Alle Behauptungen des BMEL, dass der Agrarexport den kleinen und mittleren Unternehmen nutzen würde, werden durch diese Zahlen widerlegt. Die bisherige Agrarexportförderung des BMEL nutzt

vor allem den großen Konzernen, die mit diesen Exporten ihre Marktmacht weiter ausbauen können.

Die heutige Wirtschaftsweise mit der „unsichtbaren Hand des globalisierten Marktes zerstört nicht nur die menschlichen Gesellschaften [, sondern] ermordet auch die Natur“¹⁶⁷. Die Folgen sind eine „Verwüstung der Urwälder [...] durch eine Überausbeutung von den transnationalen holzverarbeitenden Gesellschaften“¹⁶⁸ und die „jährliche Zerstörung Zehntausende[r] von Hektar Urwald [durch] riesige agrarindustrielle Konglomerate“¹⁶⁹. Die heutige weltweite Globalisierung von Agrargütern „führt zu einer großräumigen Zerstörung von Ökosystemen , vor allem durch das Abholzen und Abbrennen tropischer Regenwälder, dem großflächige[n] Verlust von landwirtschaftlichen Nutzflächen durch Boden-erosion, Versteppung, Verwüstung und Versalzung [und einer] Vergiftung von Oberflächengewässern“¹⁷⁰. So sind „Landwirtschaft und Lebensmittelverarbeitung [...] für über 70 Prozent des weltweiten Wasserverbrauchs verantwortlich [und]



Quelle: UN Comtrade, eigene Berechnungen, aus: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, a. a. O., S. 16

verursachen außerdem über 30 Prozent der globalen CO₂-Emissionen¹⁷¹.

Gleichzeitig werden die Existenzbedingungen für Kleinbäuer*innen zunehmend erschwert. Immer mehr Kleinbäuer*innen werden durch die Folgen des Klimawandels, durch Vertreibung von ihren angestammten Feldern oder durch die hochsubventionierte Landwirtschaft der Staaten des globalen Nordens in die Armut oder zum Aufgeben gezwungen. Die dramatische Situation von immer mehr Kleinbäuer*innen im globalen

Süden wirkt sich negativ auf die Umwelt aus. Sie zerstören „auf der verzweifelten Suche nach Einkommensquellen [...] [die] natürlichen Wälder, um neue Ländereien zu erschließen [und tendieren] zu einem höheren Einsatz chemischer Düngemittel und Pestizide“¹⁷². „Weitere schwerwiegende Umweltbelastungen in Verbindung mit modernen landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten sind Lebensmittelverluste und -abfälle entlang der gesamten Kette, von der Primärproduktion bis zum Privatkonsum.“¹⁷³

Landgrabbing bekämpfen – Kleinbäuer*innen schützen¹⁷⁴

Der „entscheidende Motor der globalen gesellschaftlichen Umschichtungen [ist] [...] die Vertreibung der kleinbäuerlichen Familien von ihrem Land, die inzwischen die gesamte kapitalistische Peripherie erfasst hat“¹⁷⁵. Dies führte dazu, dass „das Agrobusiness und die durch GATT¹⁷⁶ sowie später die World Trade Organisation (WTO) erzwungene partielle Marktöffnung für die Dumpingkonkurrenz der Agrarprodukte des Nordens [...] in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehrere hundert Millionen Kleinbauern des Trikont¹⁷⁷ vom Land vertrieben“¹⁷⁸ haben. Diese These hat bereits 1913 Rosa Luxemburg in ihrem Werk „Akkumulation des Kapitals“ vorgetragen. Sie ging davon aus, dass „die Akkumulation des industriellen Kapitals in den Zentren entscheidend von kolonialen Eroberungen in anderen Teilen der Welt abhing“¹⁷⁹, und dass es deswegen in einer Situation „wirtschaftlicher Stagnation und verschärfter Konkurrenz [...] zu einer Verschärfung internationaler Konflikte und Klassenkämpfe“¹⁸⁰ kommen werde.

Dazu Rosa Luxemburg in ihrem Werk „Die Akkumulation des Kapitals“:

„Die Monopolisierung der nichtkapitalistischen Expansionsgebiete im Innern der alten kapitalistischen Staaten wie draußen in den überseeischen Ländern wurde zur Losung des Kapitals, während der Freihandel, die Politik der ‘offenen Tür’ zur spezifischen Form der Schutzlosigkeit nichtkapitalistischer Länder gegenüber dem internationalen Kapital und des Gleichgewichts dieses konkurrierenden Kapitals geworden ist, zum Vorstadium ihrer partiellen oder gänzlichen Okkupation als Kolonien oder Interessensphären. [...] Die andere Seite der Kapitalakkumulation vollzieht sich zwischen dem Kapital und nichtkapitalistischen Produktionsformen. Ihr Schauplatz ist die Weltbühne. Hier herrschen als Methoden Kolonialpolitik, internationales Anleihesystem, Politik der Interessensphären, Kriege. Hier treten ganz unverhüllt und offen Gewalt, Betrug, Bedrückung, Plünderung zutage, und es kostet Mühe, un-

ter diesem Wust der politischen Gewaltakte und Kraftproben die strengen Gesetze des ökonomischen Prozesses aufzufinden. [...] Die bürgerlich-liberale Theorie fasst nur die eine Seite: die Domäne des 'friedlichen Wettbewerbs', der technischen Wunderwerke und des reinen Warenhandels, ins Auge, um die andere Seite, das Gebiet der geräuschvollen Gewaltstrieche des Kapitals, als mehr oder minder zufällige Äußerungen der 'auswärtigen Politik' von der ökonomischen Domäne des Kapitals zu trennen.¹⁸¹

Diese theoretisch herausgearbeiteten Entwicklungen im international agierenden Kapitalismus zeigen sich heute auch im Umgang mit dem Kauf und der Pacht großer Landflächen in den Staaten des globalen Südens. Land hat sich heute zu einem begehrten Spekulations- und Investitionsobjekt entwickelt. „Großinvestitionen von über 1000 Hektar¹⁸² sind dabei zwischenzeitlich für die internationalen Investoren normal geworden. Kritiker*innen dieser Entwicklung gehen davon aus, dass seit 2007 zwischen „43 bis zu 200 Millionen Hektar Land [...] an ausländische Regierungen, an Finanzaktuelle, Konzerne und Privatpersonen verkauft oder verpachtet¹⁸³ wurde. Die Menschenrechtsorganisation FIAN beziffert die Fläche auf „etwa 50 Millionen bis 220 Millionen Hektar Land¹⁸⁴ und weist darauf hin, dass es in der „gesamten EU etwa 180 Millionen Hektar Ackerland“ gibt. Es ist auffallend, „dass ein erheblicher Teil dieser Investitionen transnational getätigt¹⁸⁵ wird. Von dieser Fläche lägen „schätzungsweise zwei Drittel in Subsahara-Afrika¹⁸⁶. So sind allein in Afrika „seit 2006 mehr als zehn Millionen Hektar Land [...] gekauft oder gepachtet“ worden. „Insgesamt sind in der Land-Matrix-Datenbank mehr als 1.000 großflächige Investitionen erfasst, die Spannweite reicht von 200 Hektar bis über 200.000 Hektar. Zum Vergleich: Ein

deutscher Bauernhof ist durchschnittlich knapp 60 Hektar groß, ein afrikanischer ein bis zwei Hektar.¹⁸⁷ Auf den erworbenen Großplantagen werden „häufig Palmöl oder Zuckerrohr angebaut, meist für den Export¹⁸⁸. In den Staaten der EU wird Palmöl dann als „Rohstoff für die Ernährungs- und Kosmetikindustrie, Zuckerrohr für sogenannte Biokraftstoffe“¹⁸⁹ eingesetzt.

Diese Entwicklung ist für die Staaten Afrikas südlich der Sahara katastrophal. In der Region ist „Landwirtschaft [...] die vorherrschende Art der Landnutzung¹⁹⁰ und „mehr als 60 % der Bevölkerung in Afrika südlich der Sahara hängen für ihren Lebensunterhalt von der Landwirtschaft ab¹⁹¹. Dabei spielen die Frauen „eine ganz zentrale Rolle in der landwirtschaftlichen Erzeugung¹⁹², da sie „80 % der Volksnahrungsmittel [...] pflanzen und ernten¹⁹³. Mit dem zunehmenden Landraub werden deshalb vor allem auch Frauen um ihren einzigen Lebensunterhalt gebracht und die Ernährung der Familien gefährdet.

Beispiele für Landgrabbing:

FIAN zeigt als ein Beispiel die Vertreibungen im August 2001 auf, als „die ugandische Armee die BewohnerInnen [sic] von vier Dörfern im Bezirk Mubende [vertrieb], nachdem die ugandische Investitionsbehörde (UIA) das Land der Firma Kaweri Coffee Plantation Ltd. für den Aufbau der ersten Kaffeeplantage in Uganda verpachtet hatte. Kaweri ist ein hundertprozentiges Tochterunternehmen der Hamburger Neumann Kaffee Gruppe. Die rund 4.000 Vertriebenen verloren ihren gesamten Besitz, einige starben an den Folgen der Vertreibung.“¹⁹⁴

Ein weiteres Beispiel sind die „haarsträubenden Bedingungen, mit denen [...] der Palmölkonzern Feronia-PHC, der unter anderem von der Deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft

(DEG) finanziert wird, [versucht,] die Landnutzung für Plantagen in der Demokratischen Republik Kongo zu legitimieren¹⁹⁵. Von diesem Fall sind „über 100.000 Hektar an Land innerhalb sowie unmittelbar angrenzend an die PHC-Konzessionen“¹⁹⁶ betroffen. „Feronia-PHC, ein Tochterunternehmen des kanadischen Konzerns Feronia, will mit neuen Dokumenten die Zustimmung von Gemeindevertretern für die Nutzung von Land am Standort Lokutu nachweisen“¹⁹⁷. Nach Informationen von FIAN und urgewald sind das „Landnutzungs-Dokumente, zu deren Zustimmung Gemeindevertreter gedrängt wurden“¹⁹⁸.

Der nigerianische Staat „muss ungefähr 20 Prozent seines Getreidebedarfs importieren, das sind 250.000 bis 300.000 Tonnen pro Jahr“¹⁹⁹. Trotzdem versucht ein Großinvestor, „große Gebiete entlang des Tschad-Sees, die mit Ackerbau, Viehzucht und Fischerei eine wichtige Grundlage für die Ernährung der Bevölkerung bilden“²⁰⁰, zu pachten, um damit „lukrative Märkte in Westafrika“²⁰¹ zu versorgen.

Die zunehmenden Investitionen in Land „werden angetrieben von der weltweit steigenden Nachfrage nach Nahrungs- und Futtermitteln, nachwachsenden Energieträgern, fossilen und mineralischen Rohstoffen sowie nach Wasser“²⁰². Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung ist die Industrialisierung der Agrarwirtschaft in den Staaten des globalen Nordens. Diese Entwicklung wird auch von Seiten des BMEL nicht bestritten.

In der Analyse zum Agrarexport wird vom BMEL ausgeführt:



„Die Europäische Union führt u. a. zum Zweck der Tierernährung und zur Herstellung vieler agrarischer Exportprodukte agrarische Rohstoffe ein. Hierdurch entstehen in hohem Maße ‚virtuelle Flächenimporte‘, die für

das Jahr 2010 allein im Falle der Tierernährung einer Fläche von 6,4 Millionen Hektar in Deutschland entsprachen. Für die EU-28 wurden im Zeitraum 2008 – 2011 rund 15 Millionen Hektar ‚virtuelle Flächenimporte‘ berechnet. 50 Prozent der ‚virtuellen Flächenimporte‘ der EU stehen mit der Produktion von Soja in Zusammenhang, das aufgrund geringerer Handelshemmnisse und komparativer Standortvorteile vor allem in Nord- und Südamerika angebaut wird. [...] Sojaschrot hat für die Erzeugung von Eiweißfuttermitteln aufgrund seiner relativ hochwertigen Proteinzusammensetzung eine hohe Bedeutung. Etwa 27 Prozent des Bedarfes an Rohprotein für die deutsche Nutztierhaltung wird derzeit durch Soja (Bohnen und Schrot) gedeckt, wovon mehr als 75 Prozent importiert werden.“²⁰³

Viele Agrarexpert*innen gehen davon aus, dass der Anteil der „virtuellen Flächenimporte“ in die Staaten der EU noch wesentlich höher ist. Alleine um den europäischen Soja-Bedarf zu decken, werden „umgerechnet 16 Millionen Hektar Land benötigt“²⁰⁴. Aufgrund der fleischproduzierenden Agrarindustrie werden „in Europa fast die Hälfte der Weizenernte verfüttert“²⁰⁵. Weltweit wandern „mehr als 40 Prozent der Getreideernte an Weizen, Roggen, Hafer und Mais in die Tröge von Masttieren“²⁰⁶. Durch die industrialisierte Landwirtschaft der EU sind zwischenzeitlich mehr als 30 Millionen Hektar Land außerhalb der EU notwendig, um die industrialisierte Fleischproduktion in den Agrarfabriken der EU weiter am Laufen zu halten. Während riesige Mengen an Futtermitteln für die Schweine- und Rindermastbetriebe in die Staaten der EU exportiert werden, die wertvolle Landflächen beanspruchen, müssen weltweit mehr als 900 Millionen Menschen hungern. Von

den Hungernden leben über 80 Prozent in ländlichen Regionen, jeder zweite hungrige Mensch ist oder war Kleinbäuer*in.

Agrarland in den Ländern des globalen Südens ist zu einem hochprofitablen Spekulationsobjekt geworden. „Transnationale Energie- und Nahrungsmittelunternehmen investieren zunehmend im vorgelegerten Produktionsbereich mit dem Ziel der Rohstoffsicherung. Private Großinvestoren sichern sich Land, insbesondere für die Produktion und den Export von Agrotreibstoffen. Staatliche und para-staatliche Investoren (z. B. arabische Staaten, China, Japan) versuchen durch die Sicherung von Agrarflächen im Ausland („offshore farming“) den eigenen Nahrungsmittel- und Energiebedarf von den Weltmärkten abzukoppeln. Eine zentrale, durchaus treibende Rolle spielt schließlich der Finanzsektor (v. a. Banken und Fonds aus den USA und der EU) auf der Suche nach neuen und inflationssicheren Anlagen.“²⁰⁷

Zu diesem Themenkomplex hat der Kongress der NaturFreunde Internationale (NFI) 2011 beschlossen:



„Zudem sind die afrikanischen Länder mit einer neokolonialen Landnahme konfrontiert. Staaten und Privatinvestoren kaufen vermehrt Land in Afrika, um sich Boden- und Wasserressourcen für die Zukunft zu sichern (Land-Grabbing). In den letzten zwei Jahren wurden nach einer Studie der UNO allein in Afrika 20 Mio. Hektar verpachtet oder verkauft, was einem Wert von 22 Mrd. Euro entspricht. China geht es dabei um Ernährung, Saudi-Arabien um Wasserrechte, den USA und Westeuropa geht es um Pflanzen zur Energiegewinnung. Es ist daher nicht verwunderlich, dass es Hungerkatastrophen in manchen afrikanischen Ländern gibt, während gleichzeitig Nahrungsmittel für den Export angebaut werden.“²⁰⁸

Die NaturFreunde Deutschlands setzen sich gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen aus Afrika für einen wirkungsvollen Schutz der bisherigen Landnutzer*innen in den Ländern des globalen Südens ein. Gemeinsam fordern sie ein Verbot der großflächigen Landnahme durch international agierende Großinvestoren. Um den zunehmenden Landraub in den Staaten Afrikas zu verhindern, fordern die NaturFreunde die Durchsetzung einer gerechteren Weltwirtschaftsordnung und ein Ende der umweltzerstörenden Agrarindustrie in den Staaten des globalen Nordens. Als ersten Schritt dürfen solche Großinvestoren keine öffentlichen Kredite, Bürgschaften oder andere öffentliche Förderungen für den großflächigen Landkauf oder die langfristige Landpacht mehr erhalten.

Gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen in Afrika fordern die NaturFreunde Deutschlands:

- „ein Verbot der Spekulation mit Agrarland und Nahrung;
- den Schutz der bisherigen Landnutzer in den Ländern des globalen Südens vor der großflächigen Landnahme;
- keine öffentlichen Kredite, Bürgschaften oder andere öffentliche Förderungen für den großflächigen Landkauf oder die langfristige Landpacht;
- den weltweiten Klimaschutz gerechter und solidarischer zu finanzieren;
- die Anerkennung von Klimaflüchtlingen und ein Recht auf Asyl für diese.“²⁰⁹

Freihandelsabkommen verhindern – Gerechte Weltwirtschaft durchsetzen²¹⁰

Aktuell verhandelt die EU über mehr als 20 Freihandelsabkommen mit unterschiedlichen Staaten oder Staatengruppen. Laufende, aber zum Teil ausgesetzte Verhandlungen gibt es mit den USA, ASEAN (Philippinen, Indonesien, Thailand, Malaysia), Mercosur (Brasilien, Argentinien, Paraguay, Uruguay), Indien und Japan.²¹¹ Eine Weiterentwicklung und Vertiefung bestehender Abkommen soll mit den Mittelmeeranrainern (Marokko, Tunesien, Ägypten, Jordanien), Südafrika und Mexiko vorangebracht werden.²¹² Für die nähere Zukunft sind Verhandlungen mit den ASEAN-Staaten, Bolivien (möglicher Beitritt zum EU-Andengemeinschaftsabkommen), Chile (Modernisierung des Assoziationsabkommens), Australien und Neuseeland vorgesehen.²¹³ Das BMEL betont dabei, dass solche Freihandelsabkommen für die deutsche Agrar- und Ernährungswirtschaft wichtig seien. Am Beispiel des Handels mit Südkorea zeige sich, dass „insbesondere der Export von Fleisch überdurchschnittlich vom Freihandelsabkommen profitieren [konnte]. Der Export von Schweine- und Geflügelfleisch stieg von nur 35.000 USD im Jahre 2010 auf 217,8 Millionen USD im Jahre 2014.“²¹⁴

Weiter das BMEL:

» » „Deutschland ist weltweit Nummer 3 der Agrarimporteure und insgesamt ein Nettoimporteur von Agrarprodukten. So verzeichnete Deutschland im Durchschnitt der Jahre 2013 – 2015 auch im Handel mit den afrikanischen Ländern einen Einfuhrüberschuss von 761 Millionen Euro. Im Handel mit den LDCs betrug der Einfuhrüberschuss im Durchschnitt der Jahre 2013 – 2015 311 Millionen Euro, im Handel mit allen Entwick-

lungsländern 11,3 Milliarden Euro. Nach vorläufigen Zahlen für 2016 lag der Einfuhrüberschuss im Handel mit den Ländern Afrikas bei 1,55 Milliarden Euro, im Handel mit den LDCs bei 443 Millionen Euro und im Handel mit allen Entwicklungsländern bei 11,6 Milliarden Euro. Diese Zahlen belegen die Bedeutung des deutschen Marktes für afrikanische Länder als Absatzgebiet für ihre Produkte und die für diese Länder positive Handelsbilanz bei Agrarprodukten mit Deutschland. Vom Handel profitieren damit beide Seiten.“²¹⁵

Die NaturFreunde kritisieren diese politisch falsche Ausrichtung der Freihandelspolitik der Bundesregierung.²¹⁶ Im Koalitionsvertrag haben sich CDU/CSU und SPD ausdrücklich positiv auf Freihandelsabkommen und den Abschluss des Freihandelsabkommens EU-Kanada (CETA) bezogen.

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD wurde dazu festgelegt:

» » „Wir wollen freien und fairen Handel in der Welt. Es gilt, in Zeiten der Globalisierung als Europäische Union stärker und einheitlicher in der Handelspolitik aufzutreten. [...] Protektionismus lehnen wir ab und setzen vorrangig auf multilaterale Vereinbarungen. Wir sind fest davon überzeugt, dass neben den Verhandlungen auf multilateraler Ebene bilaterale und plurilaterale Abkommen eine entscheidende Bedeutung für eine aktive Gestaltung der Globalisierung zukommt. Im europäisch-kanadischen Handelsabkommen CETA sind zukunftsweisende Regelungen

für den Schutz von Umwelt und Gesundheit, Arbeitnehmerrechten, öffentlicher Daseinsvorsorge und für einen fortschrittlichen Investitionsschutz vereinbart worden. Dies muss auch für künftige Handelsabkommen gelten. Wir wollen in Deutschland die Voraussetzungen dafür schaffen, dass das CETA-Abkommen umfassend in Kraft treten kann. Wir wollen umfassende, moderne bilaterale Freihandelsabkommen mit Drittstaaten, insbesondere im asiatisch-pazifischen Raum und Lateinamerika abschließen und unterstützen gleichzeitig das Ziel einer weiteren Vertiefung der transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen. Wir wollen das Außenwirtschaftsförderinstrumentarium, insbesondere in Bezug auf neue Märkte und mit dem Schwerpunkt Afrika, weiterentwickeln. Wir nehmen bewusst die Zukunftsthemen des afrikanischen Kontinents in den Fokus – Digitalisierung, Innovation und Ausbildung – und setzen zu diesem Zwecke das Eckpunktepapier zur wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas um, u. a. durch die Stärkung privater Investitionen, Hermes-Bürgschaften und innovativer Finanzierungsinstrumente. Das Netzwerk der Deutschen Auslandshandelskammern ist ein wichtiger Pfeiler unserer Außenwirtschaftspolitik, das wir weiter stärken und ausbauen wollen.“²¹⁷

Bei den Freihandelsabkommen mit den afrikanischen und südamerikanischen Staaten geht es der EU-Kommission und den Regierungen der EU-Mitgliedstaaten jedoch um wesentlich mehr. Für die transnationalen Konzerne aus dem globalen Norden ist Afrika vor allem ein Absatzmarkt für ihre Produkte und ein billiger Lieferant für Rohstoffe. Die bundesdeutschen Unternehmen set-

zen dabei auf eine „größer werdende afrikanische Mittelschicht [...] deren Pro-Kopf-Einkommen zwar nicht mit dem der Europäer vergleichbar ist, dennoch eine zunehmend starke Kaufkraft darstellt“²¹⁸. Die Strategen des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) gehen davon aus, dass „bis zu 300 Millionen Menschen in Subsahara-Afrika dieser Mittelschicht“ angehören könnten und damit Märkte für Konsumwaren wie Autos, Gebrauchsgüter und Lebensmittel aus Deutschland und den Staaten der EU darstellen könnten.

Alle Forderungen aus afrikanischen Staaten nach einem gerechten Welthandel werden von den Konzernen und der herrschenden Politik in den Staaten des globalen Nordens zurückgewiesen. Vielmehr erhöhen diese Staaten den Druck auf die Regierungen Afrikas, um noch mehr Freihandel und noch mehr Möglichkeiten für ungehinderte Investitionen zum Wohle der Konzernzentralen in den Metropolen des globalen Nordens durchzusetzen. Bereits im Jahr 2002 begann die EU Verhandlungen mit „fünf regionalen Gruppen afrikanischer Staaten über sogenannte Economic Partnership Agreements, also Wirtschaftspartnerschaftsabkommen. Ziel dieser Freihandelsabkommen ist eine fast vollständige gegenseitige Marktöffnung“²¹⁹. Mit diesen Abkommen sollen die afrikanischen Staaten „im Tausch von 15 Jahren zollfreien Zugang zum EU-Markt schrittweise ihre Märkte bis zu 83 Prozent für europäische Produkte öffnen“²²⁰. Diese Marktöffnung wird sich nur zugunsten der Interessen der transnationalen Konzerne aus dem globalen Norden auswirken und noch mehr kleine und mittelständische Betriebe und vor allem auch die Kleinbäuer*innen in den Staaten Subsahara-Afrikas in den Ruin treiben.

Economic Partnership Agreement: EPA (Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) – Das TTIP für Afrika

Seit dem Jahr 2004 versucht die EU-Kommission die afrikanischen Staaten dazu zu bringen, sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen abzuschließen. Diese Abkommen sind in der Realität nichts anderes als Freihandelsabkommen. Ihr Ziel ist, die Märkte Afrikas für Importe aus den EU-Mitgliedstaaten noch weiter zu öffnen und gleichzeitig den transnationalen Unternehmen aus der EU den Zugang zu Rohstoffen und Energievorräten in Afrika zu sichern. Damit sollen die Öl- und Gasvorkommen Afrikas für die europäischen Energieunternehmen noch besser erschlossen, der Holzhandel noch weiter angeheizt und die mineralischen Erze für die Interessen der EU-Konzerne gesichert werden.

Offiziell behauptet die EU-Kommission, dass die EPAs das Ziel hätten, Forderungen der Welthandelsorganisation (WTO) umzusetzen und entsprechend zu implementieren. Dies hat jedoch mit den ausgehandelten EPAs wenig zu tun. Die bisher implementierten EPAs gehen weit über die geforderten WTO-Regelungen hinaus.

Durch die EPAs sollen Investitionen von EU-Konzernen in Afrika erleichtert werden und noch mehr abgesichert werden. Landgrabbing, die Öffnung von gewinnbringenden öffentlichen Aufträgen für die Unternehmen aus den EU-Staaten, bessere Bedingungen für den Abbau von Rohstoffen und die noch bessere Absicherung der Steigerung von Massentourismus durch die internationalen Tourismusunternehmen werden die Folge sein.

In der Vergangenheit konnten solche Forderungen aufgrund des Widerstandes der afrikanischen Staaten nicht durchgesetzt werden. Alle Verhandlungen im Rahmen der WTO scheiterten, da die afrikanischen Regierungen eine solche Preisgabe ihrer Märkte für die Interessen der transnationalen Konzerne aus dem globalen Norden ablehnten. Sie wiesen immer wieder darauf hin, dass eine solche Politik zur Zerstörung heimischer Märkte führen werde und die dortigen Unternehmen keine Chance hätten, mit den hochtechnisierten und hochproduktiven Unternehmen aus der EU zu konkurrieren. Die lokalen Märkte würden zusammenbrechen und durch Produkte aus den Staaten des globalen Nordens überschwemmt. Schon heute sorgen die hochsubventionierten landwirtschaftlichen Produkte aus der EU dafür, dass die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Afrika zerstört wird und Millionen von Kleinbäuer*innen ihre Lebensgrundlage verlieren. Deshalb werde eine solche Politik zu einer weiteren Zerstörung bestehender Strukturen und einer Verhinderung einer eigenständigen ökonomischen Entwicklung in den Staaten Afrikas führen.

Nachdem die Forderungen der EU-Staaten innerhalb der WTO nicht durchgesetzt werden konnten, versucht die EU-Kommission nun, diese Vereinbarungen bilateral über EPAs auf den Weg zu bringen.

Die NFI hat zu Freihandelsabkommen festgestellt:



„Bei den Auseinandersetzungen um die Freihandelsabkommen geht es um eine grundlegende Weichenstel-

*lung: Wird sich die Politik weiter in den Dienst einer Machtpolitik zugunsten transnationaler Wirtschaftsinteressen stellen oder sich der Nachhaltigkeit verpflichten und die Globalisierung sozial und ökologisch gestalten?*²²¹

Genau wie die NaturFreunde kritisieren andere Organisationen wie das katholische Hilfswerk Misereor und das globalisierungskritische Netzwerk Attac die schon abgeschlossenen und geplanten Wirtschaftspartnerschaften der Europäischen Union mit Staaten und Staatengruppen in Afrika. Pirmin Spiegel von Misereor führt dazu aus, dass den „afrikanischen Ländern politische Maßnahmen auferlegt [werden], die vor allem im Interesse der EU-Staaten sind und nicht dazu beitragen, den Kontinent aus der sozialen und ökonomischen Krise und aus der Abhängigkeit herauszuführen“.²²² Er erklärte weiter, dass „die bestehenden Wirtschaftsabkommen zur Zerstörung lokaler Märkte [führen], weil EU-Importe wie Milchpulver, Tomatenpaste, Geflügel dort die Produkte von Kleinbauernfamilien verdrängen“.²²³ „Brot für die Welt“ kritisiert, dass „Länder wie Ghana, Cote d’Ivoire und Kamerun [...] von der EU alternativlos zu sogenannten Übergangsabkommen gedrängt [wurden]. Die vertraglichen Bestimmungen zwingen die Länder, im Gegenzug zum Marktzugang zur EU ihre Märkte nahezu ganz für EU-Produkte zu öffnen und auf Zolleinnahmen zu verzichten“.²²⁴

Der Bundesvorsitzende der NaturFreunde Deutschlands, Michael Müller, führte in seiner Rede bei der „G20-Protestwelle“ in Hamburg aus:



„Neoliberale Politik und grenzenloser Freihandel sind eine hemmungslöse Party auf Kosten der Armen, der Natur und der Zukunft. Auch die EU-Staaten üben alltäglich eine Gewalt

*aus, die unseren Planeten unbewohnbar macht. [...] Noch immer wird das weitaus meiste Kapital in die Finanzspekulation oder in protzige Verwaltungszentren und Konsumtempel gesteckt, aber nicht in das Gemeinwohl, in Maßnahmen gegen die Armut und die heraufziehenden großen Ernährungs- und Energiekrisen. Die Politik hat nicht die Kompetenz, Frieden zu stiften.“*²²⁵

Eine solche Freihandelspolitik wird dazu führen, dass „die Konflikte zwischen den Ländern“²²⁶ zunehmen werden und „die regionale Integration der fünf afrikanischen Wirtschaftsgemeinschaften“²²⁷ vor dem Ende stehen wird. Die Bundesregierung nimmt mit ihrer fatalen Freihandelspolitik bewusst in Kauf, dass eine Entwicklung vieler afrikanischer Staaten gehemmt oder sogar verhindert wird. Ein Hoffnungszeichen ist jedoch, dass sich viele afrikanische Staaten gegen diese Freihandelsabkommen wehren. So sind alle Ankündigungen der EU-Kommission, dass sie bereits im November 2017 „fünf Wirtschaftspartnerschaftsabkommen [...] mit fünf afrikanischen EPA-Regionen längst schon in der Implementierungsphase haben“²²⁸ werde, zum Glück bisher nicht eingetreten. Seit einiger Zeit jedoch erhöht die EU-Kommission den Druck auf die afrikanischen Staaten. Die EU-Kommission zwingt sie zum Abschluss von bilateralen Abkommen mit der EU. Aktuell ist dadurch die Situation entstanden, dass ökonomisch schwache Staaten wie Ghana oder Botswana durch die Verhandlungsdelegationen der EU-Kommission bearbeitet werden, bis sie ihren Widerstand gegen bilaterale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen aufgeben und diese dann unterzeichnen.

Damit soll der Widerstand gegen die Freihandelsabkommen gebrochen werden. Die EU-Strategie des Herausbre-

chens einzelner afrikanischer Länder aus den ablehnenden Staaten hat das Ziel, die Zusammenarbeit innerhalb Afrikas zu erschweren. Durch den Abschluss von Freihandelsabkommen mit einzelnen Staaten aus Afrika, werden alle Versuche afrikanischer Länder, eigenständige Zusammenarbeitsabkommen für einen intraregionalen Handel zwischen den Nachbarstaaten abzuschließen, eingeschränkt und damit eine eigenständige Entwicklung der Regionen behindert und bewusst torpediert.

Durch massiven Druck ist es der EU gelungen, seit 2009 eine Reihe von EPAs durchzusetzen und in folgenden Staaten zu implementieren: Elfenbeinküste, Ghana, Zentralafrikanische Republik, Kamerun, Mauritius, Madagaskar, Seychellen, Simbabwe, Botswana, Lesotho, Namibia, Süd-Afrika, Swasiland und Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC)²²⁹ Aufgrund der realen Machtverhältnisse ist deshalb zu erwarten, dass der Widerstand der einzelnen Länder in Afrika mittelfristig gebrochen wird, da sie den ökonomischen und politischen Druck durch die EU-Staaten nicht langfristig bestehen können. Nur wenn es gelingt, in den Hauptstaaten der EU, allen voran Deutschland und Frankreich, den politischen Druck gegen die Freihandelsabkommen zu erhöhen, haben die Regierungen und NGOs aus den Staaten des globalen Südens eine Chance, ihre Verhandlungspositionen gegenüber den Regierungen der Staaten des globalen Nordens zu verbessern.

Auf dem Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 2017 wurde zum Thema Freihandelspolitik beschlossen:

»» *„Die NaturFreunde lehnen diese Freihandelsabkommen als einen politischen und ökonomischen Irrweg ab. Diese Form der ökonomischen Globalisierung stärkt einseitig die Profite der transnationalen Konzerne*

und schwächt die Demokratie. Durch diese marktradikale ökonomische Unterwerfung der Welt werden die sozialen Probleme zugespitzt, Umweltkatastrophen befördert, Gewalt und Verteilungskämpfe angetrieben. Sie vertiefen die Spaltung der Welt in Nord und Süd.“²³⁰

In der laufenden Legislaturperiode wird es jetzt darum gehen, die Bundesregierung für eine veränderte Außenwirtschaftspolitik durch außerparlamentarisches Handeln zu bringen. Gelingt dies nicht, werden sich die ökonomischen und sozialen Rahmenbedingungen für die Staaten des globalen Südens noch weiter verschlechtern. Hierbei ist die politische Debatte in Deutschland als eines der Hauptländer der EU besonders wichtig, da die bundesdeutsche Politik aufgrund der ökonomischen Macht Deutschlands die EU-Außenwirtschaftspolitik maßgeblich verändern könnte.

Die NaturFreunde haben mit den Gewerkschaften hier wichtige Verbündete. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) hat zu den EPAs klar Stellung bezogen:

»» *„Freihandel nutzt vor allem den Starken. Öffnet ein schwächerer Partner seine Märkte für einen stärkeren, hat er das Nachsehen. Das zeigen die sogenannten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit verschiedenen Staatengemeinschaften in Afrika. [...] Mit Partnerschaft auf Augenhöhe haben diese 'Economic partnership agreements' (EPA) wenig zu tun – vielmehr nutzt der Freihandel vor allem dem wirtschaftlich stärkeren Partner, also der EU. Während die afrikanischen Staaten für ihre Exportgüter, vor allem Rohstoffe oder landwirtschaftliche Erzeugnisse wie Kakao, nur geringe Preise erreichen, bedrohen mit dem Wegfall der*

Zölle billige Massenwaren und subventionierte Lebensmittel aus der EU die Wirtschaft und die Arbeitsplätze in den afrikanischen Staaten. Um Afrikas Länder in diese Abkommen zu drängen, legt die EU gern die Dauerschrauben an. Den Ländern des südlichen Afrikas hat sie ein Ultimatum gesetzt. Sollten sie bis Oktober das Abkommen nicht ratifizieren, will die EU bestehende Handelsbegünstigungen entziehen.

In einem Brief an die EU-Parlamentarier haben afrikanische Gewerkschaften gemeinsam unter anderem mit dem IGB und dem EGB dieses Vorgehen der EU scharf kritisiert. Es sei nicht hinnehmbar, dass die EU ausgerechnet auf einige der ärmsten Länder der Welt einen solchen Druck ausübe. Die im Abkommen enthaltene Entwicklungskomponente reiche nicht aus.⁴²³¹

Für eine ökologische und soziale Agrarpolitik: Die „Wir haben es satt“- Demonstrationen

Seit der ersten „Wir haben es satt“-Demonstration im Jahr 2011 anlässlich der Grünen Woche in Berlin unterstützen die NaturFreunde Deutschlands den Trägerkreis. Die Grüne Woche ist eine der größten Agrarschauen der Welt. Auf ihr präsentieren sich die Agrarindustrie, die Agrarverbände und die Landwirtschaft von ihrer besten Seite.

Die Demonstrationen „Wir haben es satt“ sind aus der Überlegung heraus entstanden, dass sich während der Grünen Woche die konventionelle Landwirtschaft romantisierend darstellt und die heutigen Agrarfabriken in keiner adäquaten Weise kritisiert werden. Mit großen Informationsständen ist die Bundesregierung auf der Grünen Woche präsent und stellt dort ihre falsche Agrarpolitik dar. Die Grüne Woche vermeidet, einen Bruch mit der auf Wachstum ausgerichteten Agrarpolitik der letzten Jahrzehnte zu fordern, und setzt weiterhin auf die falschen Ziele der EU-Agrarpolitik.

Seit dem Jahr 2010 gehen deshalb jedes Jahr zwischen 10.000 und 50.000 Demonstrierende auf die Straße, um eine andere Agrarpolitik durchzusetzen. Auch im

Jahr 2018 sind mehr als 10.000 Demonstrierende, 100 Traktoren von Bäuer*innen aus der ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft, 20 Demo-Wagen und hunderte von Imker*innen zur Demonstration nach Berlin gekommen. Die NaturFreunde Deutschlands waren wie jedes Jahr mit einem eigenen Demo-Wagen, eine Demo-Block und einen Info-Stand auf der Demonstration vertreten.

Im Jahr 2019 wurde die Demonstration unter dem Motto „Der Agrarindustrie den Geldhahn abdrehen!“ durchgeführt. Mit diesem Motto will das Bündnis vor allem darauf hinweisen, dass es in den nächsten Jahren darum gehen wird, den Einfluss der mächtigen Lobby der Agrarindustrie zurückzudrängen und sich „gemeinsam für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft, gesundes Essen, artgerechte Tierhaltung, globale Bauernrechte und gerechten Welthandel!“⁴²³² einzusetzen. Im Jahr 2019 wurde als Untertitel „Für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für Klimagerechtigkeit und gutes Essen!“⁴²³³ gewählt.

Hier der Wortlaut des Aufrufes:



„Der Agrarindustrie den Geldhahn abdrehen!

Für eine bäuerlich-ökologischere Landwirtschaft und artgerechte Tierhaltung, für Klimagerechtigkeit und gutes Essen!

Gutes Essen, eine klimagerechte Landwirtschaft und der Erhalt der Bauernhöfe – das steht gerade auf dem Spiel. 2019 entscheidet die Bundesregierung bei der EU-Agrarreform (GAP) maßgeblich mit, welche Landwirtschaft die EU Jahr für Jahr mit 60 Milliarden Euro unterstützt. Aktuell gilt: Wer viel Land besitzt, bekommt viel Geld. Schluss mit den Steuermilliarden an die Agrarindustrie! Der Umbau zu einer bäuerlichen und ökologischeren Landwirtschaft kann nicht mehr warten.

Bei den Verhandlungen in Brüssel muss sich die Bundesregierung an die Seite der Bäuerinnen und Bauern stellen, die Tiere artgerecht halten, insektenfreundliche Landschaften schaffen und gutes Essen herstellen. Deswegen schlagen wir – die bunte, vielfältige und lautstarke Bewegung – mit unseren Töpfen Alarm für die Agrarwende!

Für eine klimagerechte Landwirtschaft und gutes Essen!

Das Dürrejahr 2018 hat gezeigt: So geht es nicht weiter! Wir reißen uns ein in die globale Bewegung für Klimagerechtigkeit und fordern konsequenten Klimaschutz. Denn wir brauchen noch mehr bäuerliche Betriebe, die regionale und saisonale Lebensmittel erzeugen und mit lebendigen Böden helfen, das Klima zu schützen. EU-Agrargelder nur noch für umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft!

Für viele bäuerliche Betriebe ...

Wir haben Respekt für die harte

*Arbeit, die Bäuerinnen und Bauern jeden Tag leisten. Doch die Politik lässt die Höfe im Stich. Über 100.000 Betriebe mussten bei uns in den letzten 10 Jahren dichtmachen. Gleichzeitig reißen sich außerlandwirtschaftliche Investor*innen mit EU-Subventionen immer mehr Land unter den Nagel. Die fatalen Folgen: Höfesterben und Monokulturen, Glyphosat und Artenschwund, Megaställe und Antibiotikaresistenzen. Stoppt die Subventionen an Agrarwüsten, Tierfabriken und Großgrundbesitz!*

... und ein solidarisches Europa!

In vielen europäischen Schlachthöfen und Treibhausplantagen herrschen unwürdige Arbeitsbedingungen, damit Discounter und die Exportindustrie mit Dumpingpreisen immer größere Profite machen können. Im globalen Süden zwingt die EU vielen Staaten Freihandelsverträge auf und ruiniert mit Billigexporten dann Millionen Kleinbäuerinnen und -bauern. Für uns ist klar: In einem solidarischen Europa sind gerechter Handel, Menschen- und Bauernrechte nicht verhandelbar!

Essen ist politisch!

Auf dem Land und in der Stadt zeigen wir gemeinsam, dass es anders und besser geht. Immer mehr Bäuerinnen und Bauern ackern ohne Glyphosat, halten ihre Tiere artgerecht und füttern gentechnikfrei. Immer mehr Menschen machen Foodsharing, sind Teil einer Solidarischen Landwirtschaft und entscheiden sich an der Ladentheke für gutes, handwerklich erzeugtes Essen aus der Region. Wir schauen über den Tellerrand und treten gemeinsam ein für die globale Agrar- und Ernährungswende und für ein Europa ohne Ausgrenzung und Rassismus!

*Wir haben die unerträgliche Klientel- politik satt!
Agrarministerin Julia Klöckner darf sich nicht länger vor den Karren der Agrarlobby spannen lassen. Bei der EU-Agrarreform muss sie der Agrarindustrie endlich den Geldhahn zudrehen und eine Politik für Menschen, Tiere und Umwelt machen!*

*Wir fordern: Schluss mit dem Gieß- kannen-Prinzip!
- Subventionen nur noch für umwelt- und klimaschonende Landwirtschaft!
- Öffentliche Gelder nur noch für artgerechte Tierhaltung!
- Mehr Unterstützung für kleine und mittlere Betriebe, die gute Lebens- mittel für uns alle erzeugen!*

Sei dabei, wenn wir dafür mit Zehn- tausenden im politischen Berlin

demonstrieren. Wenn sich bei der weltgrößten Agrarmesse 'Grüne Woche' und dem Agrarministertreffen alles um die Zukunft von Essen und Landwirtschaft dreht, fordern wir gemeinsam den Umbau der Land- wirtschaft: Wir haben Agrarindustrie satt – Essen ist politisch!²³⁴

Das Bündnis für die Demonstration setzt sich aus mehr als 50 Trägerkreisorganisationen zusammen. Die Verbände kommen aus der ökologischen und bäuerlichen Landwirtschaft, Tierhaltung und Ackerbau und vertreten kleine und mittlere Lebensmittelhandwerker*innen und Imker*innen. Natur- und Umweltschutzorganisationen sind genauso Teil des Trägerkreises wie aktive Menschenrechtsorganisationen, Tierschutz- und Verbraucher*innenorganisationen und Akteure der Entwicklungszusammenarbeit.

NaturFreunde aktiv für eine ökologische und soziale Agrarpolitik

Die NaturFreunde setzen sich seit vielen Jahren für eine neue Agrarpolitik ein. Ziel ist es, eine ökologische und soziale Landwirtschaft systematisch zu fördern und die Exportorientierung der Agrarpolitik der Bundesregierung und der EU zu beenden.

- Der NaturFreunde-Bundesfachbereich Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus (NUST) fordert dabei:
- „Beschränkung des Einsatzes von Pestiziden, Herbiziden und Fungiziden
- Absolutes Verbot von gefährlichen Giften, wie zum Beispiel Glyphosat
- Verbot von gentechnisch veränderten Stoffen
- Beschränkung der Großvieheinheit

ten pro Hektar, wodurch das Gülle- Problem entschärft wird

- Ausdehnung des Grünlandumbruchverbots auf Gebiete außerhalb von EU-Schutzgebieten
- Bodensanierungsmaßnahmen

Stärkere Förderung der Biologischen Landwirtschaft:

- Finanzieller Ausgleich für Ökodiebstleistungen, wie beispielsweise die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit und die Bindung von Kohlenstoff im Boden. Geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit sind die Winterbegrünung mit Zwischenfrüchten sowie der Fruchtwechsel zwischen Getreide und Hülsenfrüchten.

- Anreize zum Anpflanzen von Bäumen und Büschen im und am Feld zum Schutz gegen Erosion.
- Bessere Förderung der Bio-Landwirtschaft, denn sie besitzt durch ihre Methoden und Konzepte Vorbildcharakter. Sie verzichtet auf Mineraldünger, verringert so die Stoffeinträge und sorgt für eine gute Bodenstruktur. Die NaturFreunde Deutschlands fordern, den Anteil der zertifizierten Öko-Landwirtschaft zu erhöhen und finanziell stärker zu subventionieren.²³⁵

Auch auf dem Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 2017 war die Diskussion über eine andere Landwirtschaftspolitik ein wichtiger Schwerpunkt. Dabei wurde beschlossen:



„Die NaturFreunde Deutschlands fordern deshalb einen anderen Weg! Nachhaltige Erzeugung von Lebensmitteln durch gentechnikfreie Lebensmittel, ökologischen Landbau, artgerechte Tierhaltung, Berücksichtigung des Klimaschutzes und der Grundsätze des Fairen Handels. Die so produzierten Lebensmittel versorgen vorwiegend den regionalen Markt und werden vom ansässigen Lebensmittelhandwerk weiterverarbeitet.

Gentechnikfreie Lebensmittel und eine Kennzeichnungspflicht der Futtermittel, mit denen Tiere gefüttert wurden, deren Fleisch in Deutschland verkauft wird. Eiweißpflanzen selbst anbauen und den Stopp der Importe von gentechnisch veränderten Soja forcieren.

Die Verwendung von Palmöl in der Lebensmittelindustrie wird abgelehnt.

Einen Paradigmenwechsel in der Agrarpolitik hin zum Grundsatz: „Öffentliches Geld nur für öffent-

*liche Leistungen!“. Subventionen haben nur eine Berechtigung, wenn die Empfänger*innen Leistungen für die Allgemeinheit und die Umwelt erbringen, hingegen nicht, wenn sie einseitig die Agrarindustrie begünstigen. Subventionen müssen an hohe Umwelt- und Tierschutzstandards gekoppelt, Obergrenzen für Subventionen an Großbetriebe eingeführt und Export- und Lagersubventionen abgeschafft werden. Damit wird u. a. die Überproduktion gestoppt, die zu katastrophalen und strukturzerstörenden Erzeuger*innenpreisen, insbesondere für Milch und Schweinefleisch führt.*

*Bäuerliche Betriebe und die Verbraucher*innen sind die Verlierer*innen der im Geheimen verhandelten Freihandelsabkommen TTIP und CETA. Die Agrarindustrie will über TTIP und CETA Verbraucher*innenschutzstandards senken. Hormonfleisch und Gen-Food ohne Kennzeichnung könnten dann auch in unseren Supermarktregalen landen. Anstatt den Verbraucher*innenschutz zu schwächen, muss die Bundesregierung endlich dafür sorgen, dass der Verbraucher*innenschutz gestärkt wird. Wir lehnen deshalb diese Abkommen ab.“²³⁶*

Auch die NaturFreunde Schleswig-Holstein engagieren sich seit Anfang 2017 in dem Projekt „Beiträge zur Reduktion des Pestizideinsatzes“²³⁷. Sie wollen die Gründung eines Bündnisses „Pestizidarmes Schleswig-Holstein“ in Form eines „Runden Tisches“ initiieren. Dort sollen wichtige „Akteure wie Umwelt- und Naturschutzorganisationen, kommunalen Spitzenverbänden und einzelnen Gemeinden, kommunalen Unternehmen wie Wasserwerken, Kleingärtnern, Imkern, Verbraucherschützern, Land- und

Forstwirten, Gartenbaubetrieben, Wissenschaft wie Universität und Unternehmen wie Baumärkten²³⁸ zusammenarbeiten und die „Erarbeitung von Vorschlägen zur Reduzierung des Pestizid-Einsatzes, z. B. für das Landesprogramm ländlicher Raum und für die sogenannte „gute fachliche Praxis“ der Landbewirtschaftung“²³⁹ voranbringen.

Der Bundesfachbereich Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus (NUST) der NaturFreunde Deutschland hat beschlossen:

„Der Fachbereich Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus der NaturFreunde Deutschlands tritt – basierend auf der Transformation der Landwirtschaft – für eine Transformation des Ernährungssektors ein. Diese Transformationsprozesse sind im Einklang und Selbstverständnis des „Manifest für eine soziale und ökologische Transformation“ zu sehen, das die NaturFreunde Deutschlands auf ihrem 20. Bundeskongress verabschiedet haben.

Die obigen Ausführungen haben verdeutlicht, dass - getrieben durch liberalisierte Weltmärkte - die Landwirtschaft in einer Produktivitätsfalle steckt, die zu Lasten von Ökologie und Tierwohl geht. So arbeitet die moderne Landwirtschaft in der Pflanzenzucht überwiegend maschinell. Unterstützt wird sie dabei durch einen wachsenden Einsatz an (Kunst)dünger und Pflanzenschutzmitteln. In der Tierhaltung durch die Tiermedizin. Verbraucher*innen können heute saisonunabhängig Lebensmittel aus der ganzen Welt kaufen – zu erschwinglichen Preisen. Ermöglicht wird dies u.a. durch immer produktivere Verfahren und Entwicklungstendenzen im Bereich der tierischen Fleischproduktion, der Lebensmittelverarbeitung und der Tier- und Lebensmitteltransporte. Mit fatalen Folgen: Wachsende Grundwasserbelastun-

gen durch Nitrateinträge in den Intensivlandwirtschaftsgebieten, zunehmende Antibiotikaresistenzen durch Einsatz in der Massentierhaltung, steigende Treibhausgasemissionen durch fleischintensive Ernährung und die damit verbundenen weltweiten Transportströme und der Verlust der Artenvielfalt durch Monokulturen und Pestizideinsatz – dies sind die entsprechenden Stichworte, welche die Problematik einer nichthaltigen Entwicklung im Agrar- und Ernährungsbereich umschreiben.

Die Entwicklungen der letzten Jahre zeigen immer deutlicher: Wenn an dem Leitbild der Ernährungsproduktion, das dem Primat folgt, immer uniformer, immer zeitloser und immer globaler zu werden, nichts ändert, kann es keine ‚Ernährungswende‘ geben. Der vermeintlich kostengünstige Einkauf von Lebensmitteln durch eine - auch global zunehmende - Mittelschicht wird nur ermöglicht durch das Ausblenden von externen Kosten, d.h. er geht zu Lasten der Umwelt, der sozial Schwächeren und zukünftiger Generationen.

Doch Nachhaltige Entwicklung geht anders. Insofern sind die NaturFreunde der Auffassung, dass die Wende hin zu einer nachhaltigen Nahrungsproduktion längst überfällig ist. Dabei kann es jedoch nicht nur um die Konzentration auf die Umweltfrage im engeren Sinne gehen. Denn Ernährung ist nicht nur eine zentrale Voraussetzung für ein gesundes Leben. Sie ist auch tief eingebettet in das soziale und kulturelle gesellschaftliche Zusammenleben. Eine Suffizienzpolitik, d.h. gezielte Maßnahmen von allen zentralen Akteur*innen der Agrarpolitik (von den Konsument*innen bis zu Unternehmensverbänden) für eine veränderte Ernährungskultur, wurde bisher stiefmütterlich behandelt. Von daher ist das Erreichen des Zieles eines gesunden, gelingenden Lebens innerhalb der planetarischen

Grenzen zu begleiten durch ein verändertes Wirtschaften, das sich an einer sozial und ökologisch gerechteren Gesellschaftsordnung orientiert. Aus Sicht der NaturFreunde Deutschlands macht dies die Transformation des Ernährungssektors so herausfordernd. Die NaturFreunde sind jedoch überzeugt, dass diese soziale und ökologische Transformation nicht nur geboten, sondern auch erreichbar ist.

Vor diesem Hintergrund wird vom Bundesfachbereich Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus eine Position vertreten, die auf folgenden Gestaltungsmaximen²⁴⁰ für eine soziale und ökologische Transformation des Ernährungssektors beruht:

- Eine lokale und nachhaltige Lebensmittelproduktion muss gestärkt werden. Mit ihr muss sichergestellt werden, dass die Nahrungsmittel zu einem fairen Preis verkauft werden – also die ökologischen und sozialen Kosten nicht an Schwächere sowie zu Lasten von Umwelt, des Klimas und zukünftiger Generationen ausgelagert werden. Der globale Norden muss die immer noch ungerechte Ausgestaltung des Rohstoff-, Agrar- und Lebensmittelhandels mit dem globalen Süden beseitigen. Dies bedeutet, dass sowohl die nationale als auch insbesondere die EU-Agrarpolitik sowie die (Agrar)Welthandelspolitik entsprechend und konsequent angepasst werden müssen.
- Instrumente, die von Verbraucher*innen, Unternehmen, Organisationen und Akteur*innen der Zivilgesellschaft zur Beurteilung von Produkten, Dienstleistungen und Prozessen genutzt werden können, müssen auch für den Agrar- und Ernährungsbereich weiterentwickelt werden (Stichwort: Nutritional Footprints nach dem Vorbild des Carbon Footprints). Die

Instrumente müssen transparent, leicht verständlich und vergleichbar sein. D.h. hier sind auch die nationalen und internationalen Organisationen zur Standardisierung gefordert, entsprechende Standards zu erstellen. Dabei ist zu gewährleisten, dass insbesondere die zivilgesellschaftlichen Akteur*innen bei der Erstellung der Standards beteiligt werden (Umwelt- und Verbraucher*innenschutzverbände).

- Mit Blick auf den Erhalt der Artenvielfalt und hier insbesondere das Insektensterben gilt es, einen Umbau in der Agrarpolitik voranzutreiben. Der Weg Frankreichs mit einem nationalen Gesetz zum Verbot jeglicher Pestizidanwendungen außerhalb der Landwirtschaft wird zur Nachahmung empfohlen. Für die landwirtschaftlichen Betriebe hingegen werden effektive Reduktionsmaßnahmen für notwendig gesehen. Die Politik wird aufgefordert, dafür Rahmenbedingungen über attraktive Fördermaßnahmen und das Ordnungsrecht hin zu pestizidfreien Bewirtschaftungsweisen in den Betrieben zu schaffen. Zivilgesellschaftliche Initiativen zum Insektenschutz, mit dem Ziel einer konsequenten Reduzierung des Pestizideinsatzes, gilt es auszuweiten. [...]
- Hinsichtlich einer stärkeren sozialen und ökologischen Ausrichtung der Ernährungswirtschaft werden neue Bündnisse für eine fortschrittliche Agrarpolitik²⁴¹ von NUST mitgetragen. Auch gilt es Vorreiterunternehmen zu unterstützen. Diese sollen u.a. aufzeigen, wie sich eine nachhaltige Nahrungsmittelproduktion verbinden lässt mit Chancen für ein innovatives Umsteuern. Mit Blick auf solche Innovationen muss bei der Umsetzung von Maßnahmen zum

Erhalt der Artenvielfalt (Biodiversitätsschutz) gezielter als bisher, die Ernährungswirtschaft in den Fokus genommen werden.

- Es gilt neue Formen der Suffizienzpolitik zu unterstützen, die auf sozial-ökologische und global übertragbare Lebens- und Ernährungsstile abzustellen. So sollen Impulse für eine Übernahme von mehr globaler Verantwortung für veränderte Ernährungskultur gegeben werden.“

Seit vielen Jahren engagieren sich die NaturFreunde Deutschlands für eine konsequente Förderung der ökologischen Landwirtschaft. In einem Positionspapier aus dem Jahr 2015 haben sie dazu klar Positionen bezogen:

»» *„Der ökologische Landbau muss noch stärker als bisher unterstützt werden, denn er kommt ohne den Einsatz von chemisch-synthetischen Pflanzenbehandlungsmitteln aus. Der ökologische Landbau leistet dadurch einen erheblichen Beitrag zum Umwelt- und Naturschutz und sorgt für eine hohe Biodiversität auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Alternative Pflanzenschutzmethoden müssen besser erforscht und vorangetrieben werden.“⁴²⁴²*

Weiter fordern die NaturFreunde:

»» *„Das Baurecht müsse dafür sorgen, dass es künftig keine Mega-Ställe mit 1.000 Kühen geben könne, mit denen bäuerlich-ökologisch wirtschaftende Familienbetriebe in Konkurrenz stünden. Die Europäische Gesetzgebung zum Schutz der Gewässer – wie die Nitratrichtlinie und die Wasserrahmenrichtlinie – müsse endlich umgesetzt werden, damit dem ökologisch katastrophalen*

Wachstum bei der Milchproduktion Grenzen gesetzt würden. Eine Alternative biete auch die Produktion von hochwertiger Biomilch.“⁴²⁴³

In den nächsten Jahren werden sich die NaturFreunde Deutschlands auch weiterhin im Rahmen des Netzwerks „Wir haben Agrarindustrie satt“ und der ökologischen Netzwerke engagieren, damit eine Agrarwende durchgesetzt werden kann.

Autor:

Uwe Hiksich,
Mitglied des Bundesvorstandes
der NaturFreunde

E-Mail: hiksich@naturfreunde.de
Tel.: 0176 – 62 01 59 02

Fußnoten

- 1 NaturFreunde Deutschlands, Ein neuer Gesellschaftsvertrag - Manifest für eine soziale und ökologische Transformation, in: Beschlüsse 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017, S. 5.
- 2 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft in der Mitte der Gesellschaft - Agrarpolitische Standortbestimmung und ausgewählte Zahlen und Fakten zur Lage der Landwirtschaft, Mai 2015, S. 8, siehe: <https://docplayer.org/32506775-Landwirtschaft-in-der-mitte-der-gesellschaft.html> (Stand: 01.01.2019. Dieser Stand gilt für alle Online-Quellen)
- 3 Ebd.
- 4 Carsten Große Starman / Petra Klug, Demographischer Wandel verstärkt Unterschiede zwischen Stadt und Land, in: BertelsmannStiftung, 08.07.2015, siehe: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/themen/aktuelle-meldungen/2015/juli/demographischer-wandel-verstaerkt-unterschiede-zwischen-stadt-und-land/>
- 5 dpa, Bevölkerungsstudie: Städte wachsen - Landkreise schrumpfen, in: Focus, 24.04.2018, siehe: https://www.focus.de/politik/deutschland/bevoelkerung-bevoelkerungsstudie-staedte-wachsen-landkreise-schrumpfen_id_8820855.html
- 6 Christian Schlag / Antonia Milbert, Deutschland wächst – aber nicht überall, in: Bundesinstitut für Bau-, StadtundRaumforschung, 24.04.2018, siehe: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Service/Medien/2017/2018-deutschland-waechst.html>
- 7 Christine Chemnitz, Agrarpolitik für Reiche, in: Heinrich-Böll-Stiftung, 22.05.2014, siehe: <https://www.boell.de/de/2014/05/20/argarpolitik-fuer-reiche>
- 8 Eurostat, Von den 10,3 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben in der EU weisen zwei Drittel eine Größe von weniger als 5 ha auf, Pressemitteilung 105/2018, in: eurostat, 28.06.2018, S. 1, siehe: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9028475/5-28062018-AP-DE.pdf/e1cbfcfd-66f2-4ed7-975b-35d03d714f14>
- 9 Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP, in: eurostat, hier: Tabelle Bruttowertschöpfung zu Herstellungspreisen, 2007 und 2017, 07/2018, siehe: https://ec.europa.eu/eurostat/statisticsexplained/index.php?title=National_accounts_and_GDP/de#Bruttowertsch.C3.B6pfung_in_der_EU_
- 10 Zahlen: Eurostat, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen und BIP, a. a. O. nach_Wirtschaftszweigen
- 11 O. A., Landwirtschaft, in: Umweltbundesamt, 27.09.2018, siehe: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/landwirtschaft#textpart-1>
- 12 Eurostat, Von den 10,3 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben in der EU weisen zwei Drittel eine Größe von weniger als 5 ha auf, a. a. O.
- 13 Europäische Union: Verteilung der Erwerbstätigen auf die Wirtschaftssektoren in den Mitgliedsstaaten im Jahr 2017, in: statista, o. D., siehe: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/249086/umfrage/erwerbstaetige-nachwirtschaftssektoren-inden-eu-laendern/>
- 14 Eurostat, Von den 10,3 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben in der EU weisen zwei Drittel eine Größe von weniger als 5 ha auf, a. a. O.
- 15 Ebd.
- 16 Ebd.
- 17 Ebd.
- 18 Ebd.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Ebd.
- 22 Ebd.
- 23 Eurostat, Gesamte landwirtschaftliche Erzeugung in der EU 2017 um 6,2 % gegenüber 2016 gestiegen, Pressemitteilung 179/2018, in: eurostat, 16.11.2018, S. 1, siehe: <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/2995521/9380928/5-16112018-BP-DE.pdf/56176dff-bc89-458f-8a7e-8d4c43e26b7c>
- 24 Ebd.
- 25 Ebd.
- 26 Ebd.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Heinrich-Böll-Stiftung / Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands / Le Monde Diplomatique, Fleischatlas 2018, 1. Auflage, Januar 2018, S. 20.
- 30 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Agrarexporte 2017, hier: Übersicht 12: Anteil der betrachteten Exporte von Agrarprodukten an der Gesamtproduktion für das Jahr 2014 (Bruttoexporte; Mengenanteile), Juni 2017, S. 36, siehe: https://www.bmel.de/Shared-Docs/Downloads/Broschueren/Agrarexporte_2017.pdf?__blob=publicationFile
- 31 Anton Hofreiter, Fleischfabrik Deutschland, 2016, 1. Auflage, S. 22.
- 32 Heinrich-Böll-Stiftung / Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschlands / Le Monde Diplomatique, Fleischatlas 2018, a. a. O., S. 20.
- 33 Richtlinie des Rates vom 12. Dezember 1991 zum Schutz der Gewässer vor Verunreinigung durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen (91/676/EWG), in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, Nr. L 375/1 ff., 31.12.1991, ht-

- tps://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:31991L0676&from=DE
- 34 Damir Fras, Die Gülle könnte teuer werden, in: Frankfurter Rundschau, 21.06.2018, siehe: <http://www.fr.de/politik/nitrat-im-grundwasser-die-guelle-koennte-teuer-werden-a-1529872>
- 35 SZ.de / dpa / AFP / leja, EuGH verurteilt Deutschland wegen zu viel Nitrat im Grundwasser, in: Süddeutsche Zeitung, 21.06.2018, siehe: <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/europaeischer-gerichtshof-verurteiltdeutschland-nitrat-grundwasser-1.4025538>
- 36 Teresa Dapp / Sascha Meyer, Gülle und Dünger belasten die Ostsee, in: Die Welt, 10.08.2018, siehe: <https://www.welt.de/wissenschaft/article180942788/Blualgen-in-der-Ostsee-Duenger-und-Guelle-belastendas-Meer.html>
- 37 Ebd.
- 38 KNA, Tausende Milchbauern haben aufgegeben, in: FAZ, 18.03.2017, siehe: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/agrarindustrie-in-deutschland-tausende-milchbauernhaben-aufgegeben-14930929.html>
- 39 Statistisches Bundesamt, Agrarstrukturerhebung 2016 (endgültige Ergebnisse): 9.600 landwirtschaftliche Betriebe weniger als im Jahr 2013, in: DESTATIS – Statistisches Bundesamt, o. D., siehe: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/LandwirtschaftlicheBetriebe/ASE_Aktuell.html;jsessionid=FA92E19DB2C7433063AACCFE9415FoCF.InternetLive2
- 40 Ebd.
- 41 Ebd.
- 42 O.A., Bio oder Öko – gibt es da einen Unterschied?, in: ViLE – Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk älterer Erwachsener e.V., siehe: <https://www.vile-netzwerk.de/der-trend-zur-gesundenernaehrung/articles/bio-oder-%C3%B6k%C3%B6-gibt-es-da-einen-unter-schied.html>
- 43 Umweltbundesamt, Ökologischer Landbau, in: Umweltbundesamt, 14.07.2016, siehe: <https://www.umweltbundesamt.de/daten/land-forstwirtschaft/oekologischer-landbau#textpart-1>
- 44 Die Bundesregierung, Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, Neuauflage 2016, 01.10.2016, S. 67, siehe: https://www.bundesregierung.de/Content/Infomaterial/BPA/Bestellservice/Deutsche_Nachhaltigkeitsstrategie_Neuauflage_2016.pdf?__blob=publicationFile&v=7
- 45 Deutscher Bauernverband, Situationsbericht 2016/2017 des Deutschen Bauernverbandes, in: Deutscher Bauernverband, siehe: <http://www.bauernverband.de/situationsbericht-2016-17>
- 46 Uwe Schneidewind, Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels. Frankfurt am Main, 2018, S. 257.
- 47 Statistisches Bundesamt, Erwerbstätige und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsbereichen, 02.01.2018, siehe: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Erwerbstaetigkeit/TabellenErwerbstaetigenrechnung/ArbeitnehmerWirtschaftsbereiche.html>
- 48 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Daten und Fakten - Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft mit Fischerei und Wein- und Gartenbau, Dezember 2017, S. 11, siehe: <https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/DatenundFakten.pdf>
- 49 Ebd.
- 50 Ebd.
- 51 O. A., Umweltbelastungen der Landwirtschaft, in: Umweltbundesamt, 29.03.2018, siehe: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft>
- 52 Ebd.
- 53 Alle Zahlen: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Daten und Fakten - Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft mit Fischerei und Wein- und Gartenbau, a. a. O, Tabelle: Abnahmerate landwirtschaftlicher Betriebe mit Viehhaltung, S. 13.
- 54 Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV), Die deutsche Landwirtschaft - Leistungen in Daten und Fakten, Ausgabe 2010, Dezember 2009, S. 7, siehe: <http://www.bmel.de/cae/servlet/contentblob/430138/publicationFile/>
- 55 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, Juli 2016, S. 6, siehe: http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Landwirtschaftverstehen.pdf?__blob=publicationFile
- 56 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Daten und Fakten - Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft mit Fischerei und Wein- und Gartenbau, Dezember 2017, S. 8, siehe: <https://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/DatenundFakten.pdf>
- 57 Ebd.
- 58 Alle Zahlen: Ebd, Tabelle: Durchschnittliche Landwirtschaftliche Betriebe nach Bundesländern 2016 (Ohne Stadtstaaten), S. 8.
- 59 O. A., Landwirtschaft, in: Umweltbundesamt, a. a. O.
- 60 Ebd.
- 61 Ebd.
- 62 Ebd.
- 63 O. A., Umweltbelastungen der Landwirtschaft, a. a. O.
- 64 Ebd.
- 65 O.A., Bodenbearbeitung, in: Umweltbundesamt, 04.03.2015, siehe: <https://www.umweltbundesamt.de/themen/boden-landwirtschaft/umweltbelastungen-der-landwirtschaft/bodenbearbeitung#textpart-1>
- 66 Ebd.
- 67 Ebd.

- 68 Rainer Horn, Schwere Maschinen: Böden fehlt die Luft zum Atmen, in: shz.de, 09.09.2015, siehe: <https://www.shz.de/10669236>
- 69 Zahlen: o. A., Landwirtschaft gestern und heute, in: Bundesinformationszentrum Landwirtschaft, Tabelle: BLZ, Versorgungsleistung der Landwirtschaft, o. D., siehe: <https://www.landwirtschaft.de/landwirtschaftverstehen/wie-funktioniert-landwirtschaft-heute/landwirtschaft-gestern-und-heute/>
- 70 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Landwirtschaft verstehen, Fakten und Hintergründe, Juli 2016, S. 29, siehe: http://www.bmel.de/SharedDocs/Downloads/Broschueren/Landwirtschaft-verstehen.pdf?__blob=publicationFile
- 71 Ebd.
- 72 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Agrarexporte 2017 - Daten und Fakten, Juni 2017, S. 29, a. a. O.
- 73 Ebd.
- 74 O. A., Markt, Handel und Export, in: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, o.D, siehe: https://www.bmel.de/DE/Landwirtschaft/Markt-Handel-Export/_Texte/Agrarexport.html?docId=5505030
- 75 Ebd., S. 61
- 76 Ebd.
- 77 Ebd.
- 78 Ebd.
- 79 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Agrarexporte 2017 - Daten und Fakten, Juni 2017, S. 29.
- 80 Christian Christen / Thomas Eberhardt-Köster / Roland Süß, Friede, Freude, Freihandel – Theorie, Ideologie und Praxis einer fixen Idee, 2017, S. 21.
- 81 Adam Smith, Untersuchungen über das Wesen und die Ursachen des Nationalreichthums. Deutsch mit Anmerkungen von Max Stirner, Dritter Band, in: Max Stirner (Hrsg.): National-Oekonomen der Franzosen und Engländer, Bd. 7, S. 42.
- 82 Christian Christen / Thomas Eberhardt-Köster / Roland Süß, Friede, Freude, Freihandel – Theorie, Ideologie und Praxis einer fixen Idee, 2017, S. 30.
- 83 Karl Marx, Rede über die Frage des Freihandels, in: Marx-Engels-Werke, S. 456 f.
- 84 Paul Krugman / Robin Wells, Volkswirtschaftslehre, 2010, S. 539.
- 85 Paul A. Samuelson / William D. Nordhaus, Volkswirtschaftslehre, 5. Auflage 2016, S. 519.
- 86 Wir haben Agrarindustrie satt, Aufruf zur Demonstration am 20. Januar 2018, in: Wir-haben-es-satt.de, o. D., siehe: <https://www.wir-haben-es-satt.de/informieren/aufruf/>
- 87 Christian Schmidt, in: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Agrarexporte 2017 - Daten und Fakten, Juni 2017, S. 4.
- 88 Ebd.
- 89 Ebd.
- 90 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Agrarexporte 2017 - Daten und Fakten, Juni 2017, S. 7.
- 91 Isabel Pfaff / Tobias Zick, EU-Importe torpedieren Afrikas Wirtschaft, in: Süddeutsche Zeitung, 29.12.2016, siehe: <http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/freihandel-eu-importe-torpedieren-afrikas-wirtschaft-1.3314106>
- 92 Ebd.
- 93 Ebd.
- 94 Jacques Mazier, 6. Die Gemeinsame Agrarpolitik: Bilanz und Vorschläge, in: Miren Etxezarreta / John Grahl / Jörg Huffschmid / Jacques Mazier u. a., EuroMemo 2003, 2004, S. 122.
- 95 Isabel Pfaff / Tobias Zick, EU-Importe torpedieren Afrikas Wirtschaft, a. a. O.
- 96 Jost Maurin, Hunger made in Germany, in: taz.de, 07.08.2015, siehe: <http://www.taz.de/!5220643/>
- 97 Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft e.V., Grain Club, in: Bundesverband der Agrargewerblichen Wirtschaft, 15.03.2017, siehe: <http://www.bv-agrar.de/grainclub>
- 98 Ludwig Hüttl, Volksbanken und Raiffeisenbanken, in: Historisches Lexikon Bayern, o. D., siehe: https://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Volksbanken_und_Raiffeisenbanken
- 99 Alfons Deter, Grain Club stellt fünf Forderungen zur Bundestagswahl vor, in: Grain Club, 02.03.2017, siehe: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Grain-Club-stellt-fuenf-Forderungen-zur-Bundestagswahl-vor-7884821.html>
- 100 Ebd.
- 101 Ebd.
- 102 Ebd.
- 103 Grain Club, Welternährungskonferenz: „Agrarromantik fehl am Platz!“, in: Verband deutscher Müller, 21.03.2014, siehe: http://www.muehlen.org/fileadmin/Dateien/8_Presse_Service/1_Pressemitteilungen/1_Dokumente/Welternahrungskonferenz_Grain_Club_F.A.Z.-Forum_140321.pdf
- 104 Ebd.
- 105 Jost Maurin, Hunger made in Germany, a. a. O.
- 106 Agra Europe, Grüne sehen EU-Agrarexport nach Afrika als Ursache für Flucht, in: topagrar-online, 28.08.2017, siehe: <https://www.topagrar.com/news/Home-top-News-Gruene-sehen-EU-Agrarexport-nach-Afrika-als-Ursache-fuer-Flucht-8451553.html>
- 107 O.A., Billigfleisch für Afrika, in: Zeit.online.de, 20.01.2015, siehe: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2015-01/exporte-gefluegel-afrika>
- 108 Ebd.
- 109 Ebd.
- 110 Ebd.

- 111 Steffanie Richter / Felizia Rein, Lust auf Fleisch? – Neue Schweinereien beim organisierten Schlachten, Universität Heidelberg, Max-Weber-Institut für Soziologie, 02.06.2017, siehe: <https://www.soz.uniheidelberg.de/lust-auf-fleisch-neue-schweinereien-beim-organisieren-schlachten/>, auch: Statistisches Bundesamt, Tiere und tierische Erzeugung, ohne Datum, siehe: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Wirtschaftsbereiche/LandForstwirtschaftFischerei/TiereundtierischeErzeugung/Tabellen/GewerbSchlachtungJahr.html>
- 112 Michael Obert, Das globale Huhn, in: Greenpeace Magazin Ausgabe 5.14, o. D., siehe: <https://www.greenpeace-magazin.de/das-globale-huhn>
- 113 Ebd.
- 114 Eckart Kuhlwein, EU-Produkte dominieren afrikanische Märkte, in: NaturFreunde Deutschlands, 01.12.2016, siehe: <https://www.naturfreunde.de/eu-produkte-dominieren-afrikanische-maerkte>
- 115 Ebd.
- 116 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Agrarexporte 2017 - Daten und Fakten, Juni 2017, S. 51.
- 117 Ebd.
- 118 Eckart Kuhlwein, NaturFreunde fordern Kehrtwende in der Weltagrarpolitik, in: NaturFreunde Deutschlands, 15.10.2014, siehe: <https://www.naturfreunde.de/naturfreunde-fordern-kehrtwende-der-weltagrarpolitik>
- 119 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL, Referat 123, Deutscher Außenhandel mit Gütern der Land- und Ernährungswirtschaft nach Wirtschaftsräumen 1999 bis 2016, in: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Statistik und Berichte des BMEL, 30.11.2017, S. 1, siehe: https://www.bmel-statistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/AHT-0040032-2016.pdf
- 120 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL, Referat 123, Wertmäßige Entwicklung für die wichtigsten Produktgruppen des Agrarhandels 2016, in: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Statistik und Berichte des BMEL, 30.11.2017, S. 1, siehe: https://www.bmelstatistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/AHT-0040050-2016.pdf
- 121 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, BMEL, Referat 123, Deutscher Agraraußenhandel insgesamt in den Kalenderjahren 2015 und 2016, in: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Statistik und Berichte des BMEL, o. D., S. 1, siehe: https://www.bmelstatistik.de/fileadmin/user_upload/monatsberichte/AHT-0040040-2016.pdf
- 122 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Agrarexporte 2017, in: Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, Juni 2017, S. 9, siehe: https://www.bmel.de/Shared-Docs/Downloads/Broschueren/Agrarexporte_2017.pdf
- 123 Ebd.
- 124 Ebd., S. 29.
- 125 Dirk Asendorpf, Die Wunderbohne, in: Edition Le Monde diplomatique Nr. 24, Die Essensmacher, Was die Lebensmittelindustrie anrichtet, S. 19.
- 126 Ebd.
- 127 Ebd.
- 128 Statista, Anbaufläche von Sojabohnen weltweit in den Jahren 2004/05 bis 2018/19 (in Millionen Hektar), 2019, siehe: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/443191/umfrage/anbauflaeche-von-sojabohnenweltweit/>
- 129 O. A., Gentechnisch veränderte Sojabohnen: Anbauflächen weltweit, in: Transparenz Gentechnik, 29.06.2018, siehe: <https://www.transgen.de/anbau/460.gentechnisch-veraenderte-sojabohnenanbauflaechen-weltweit.html>
- 130 Gentechnisch veränderte Organismen (GVO) sind Organismen, bei denen das genetische Material mit Hilfe molekularbiologischer Methoden in einer Weise verändert worden ist, wie es natürlicherweise durch Kreuzen oder natürliche Rekombination nicht möglich ist (GenTG, Richtlinie 2001/18/EG). Die Gentechnik verfügt über verschiedene Methoden, um fremde DNA in einen Organismus einzuführen und so einen GVO mit neuen Eigenschaften, auch transgener Organismus genannt, herzustellen, in: Bundesamt für Naturschutz, Definition von GVO, o. D. siehe: <https://www.bfn.de/themen/agro-gentechnik/umweltrisikopruefung/ausmarginalspalte/definition-von-gvo.html>
- 131 O. A., Gentechnisch veränderte Sojabohnen: Anbauflächen weltweit, a. a. O.
- 132 O. A., Globale Gentechnikfläche wächst, GVO-Anteil an Sojaernte sinkt, in: Weltagrарbericht, 08.05.2017, siehe: <https://www.weltagrарbericht.de/aktuelles/nachrichten/news/de/32566.html>
- 133 Ebd.
- 134 Alois Basler, Begrenzung der Agrarimporte aus Entwicklungsländern im Interesse des Umweltschutzes?, Studie im Auftrag der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft (FAL), 2001, in: www.thuenen.de, S. 61, siehe: http://literatur.thuenen.de/digbib_extern/zio28336.pdf
- 135 Ebd.
- 136 LDC ist die Abkürzung für den englischen Begriff "Least Developed Countries", die am wenigsten entwickelten Länder, aus: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Least Developed Countries (LDC), o. D., siehe: <https://www.bmz.de/de/service/glossar/L/ldc.html>
- 137 Alois Basler, Begrenzung der Agrarimporte aus Entwicklungsländern im Interesse des Umweltschutzes?, a. a. O., S. 62.
- 138 Ebd.
- 139 CGB / Brot für alle, Übernahmen in der Agrarindustrie, Brief an Margrethe Vestager, European Commission, 16.02.2017, siehe: <https://brotfuerer>

- alle.ch/content/uploads/2016/11/Offener-Brief_EU_Wettbewerbskommission.pdf
- 140 Ebd.
- 141 Marita Wiggerthale / Alexandra Strickner, Bauern oder Lebensmittelkonzerne – wer hat das Sagen?, in: Kurswechsel 3/2008, S. 37, siehe: www.beigewum.at/wordpress/wp-content/uploads/2008_3_032-38.pdf
- 142 Ebd., GAP = Gemeinsame Agrarpolitik der EU.
- 143 Ebd., S. 36.
- 144 Ebd.
- 145 Andreas Mundt, "Die 'Big Four' haben 85 Prozent Marktanteil", in: Bundeskartellamt, 20.02.2016, siehe: http://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Interviews/DE/2016/Fuldarer_Zeitung_Die_Big_Four_haben_85_Prozent_Marktanteil.html
- 146 Ebd.
- 147 Tatiana Damm / Florian Amersdorffer, Marktstruktur im Lebensmitteleinzelhandel – Herausforderung für die Agrarpolitik, in: Deutsch-Russischer Agrarpolitischer Dialog, 2014, S. 7, siehe: https://de.agrardialog.ru/files/prints/studie_leh_de_fa_1_nb_2016_06_27.pdf
- 148 Deutscher Bundestag, Neunzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2010/2011, BT-Drucksache 17/10365, 20.07.2012, S. 361, siehe: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/103/1710365.pdf>
- 149 LZ Retailytics, TOP 30, Lebensmittelhandel Deutschland 2017, in: dfv Mediengruppe, siehe: <http://www.dfv.de/media/media/1/Top-30-Lebensmittelhandel-2017-4129.pdf>
- 150 Ebd.
- 151 Deutscher Bundestag, Neunzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2010/2011, a. a. O., S. 366.
- 152 Ebd.
- 153 Ebd., S. 367.
- 154 Ebd.
- 155 Ebd.
- 156 Ebd., S. 366.
- 157 BVE – Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, Die Ernährungsindustrie in Zahlen 2017, in: Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie (BVE), o. D., S. 2-3, siehe: <https://www.bveonline.de/download/presentation-ernaehrungsindustrie2017>
- 158 Ebd., S. 4.
- 159 Olivier De Schutter, Vorwort, in: Forum Fairer Handel e.V. / GEPA –The Fair Trade Company GmbH / Misereor e.V. / TransFair e.V. / Weltladen-Dachverband e.V. (Hrsg.), Wer hat die Macht? - Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten, November 2014, S. 3, siehe: https://www.forum-fairerhandel.de/fileadmin/user_upload/dateien/publikationen/andere_publikationen/studie_wer_hat_die_macht_langfassung.pdf
- 160 Ebd.
- 161 Forum Fairer Handel e.V. / GEPA –The Fair Trade Company GmbH/ Misereor e.V. / TransFair e.V. / Weltladen-Dachverband e.V. (Hrsg.), Wer hat die Macht? - Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten, a. a. O., S. 4 f.
- 162 Andreas Mundt, "Die 'Big Four' haben 85 Prozent Marktanteil", a. a. O.
- 163 Karl Aiginger / Robert Wieser / Michael Wüger, Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel, aus: WIFO Monatsberichte 12/1999, S. 799, siehe: http://www.ifip.tuwien.ac.at/mitarbeiter/ex/rw/pdf-Dateien/MB_1999_12_LEBENSMITTEL-HANDEL.pdf
- 164 Deutscher Bundestag, Neunzehntes Hauptgutachten der Monopolkommission 2010/2011, a. a. O., S. 365.
- 165 Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie, Die Ernährungsindustrie in Zahlen 2017, a. a. O., S. 4.
- 166 Karl Aiginger / Robert Wieser / Michael Wüger, Marktmacht im Lebensmitteleinzelhandel, a. a. O., S. 797.
- 167 Jean Ziegler, Die neuen Herrscher der Welt und ihre globalen Widersacher, 5. Auflage, 2003, S. 113.
- 168 Ebd.
- 169 Ebd.
- 170 Franz Nuscheler, Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik, 4. Auflage, 1995, S. 247.
- 171 Forum Fairer Handel e.V. / GEPA –The Fair Trade Company GmbH / Misereor e.V. / TransFair e.V. / Weltladen-Dachverband e.V. (Hrsg.), Wer hat die Macht? - Machtkonzentration und unlautere Handelspraktiken in landwirtschaftlichen Wertschöpfungsketten, a. a. O., S. 33.
- 172 Ebd., S. 34.
- 173 Ebd.
- 174 Das Kapitel baut weitgehend auf das Argumentationspapier der NaturFreunde Deutschlands „EUafrikapolitik: Weiterhin stehen die imperialen Interessen der EU im Mittelpunkt“ auf, siehe: Uwe Hixsch, EUafrika-Politik: die europäischen Interessen stehen im Mittelpunkt, in: NaturFreunde Deutschlands, 26.02.2018, siehe: https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/nfd_grundsatzpapier_eu_afrika_politik.pdf
- 175 Karl-Heinz Roth, Der Zustand der Welt, Juli 2005, S. 34.
- 176 Die Abkürzung GATT steht für das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (englisch General Agreement on Tariffs and Trade, GATT). Es ist die Vorläuferorganisation der Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization, WTO).
- 177 Trikont ist eine Kurzbezeichnung für die Länder der drei Kontinente Afrika, Asien und Lateinamerika, häufig synonym für Entwicklungsländer verwendet, aus: Lexikon der Geographie,

- Trikont, aus: Spektrum.de, o. D., siehe: <https://www.spektrum.de/lexikon/geographie/trikont/8266>, auch: Trikont (transliert: drei Kontinente: Asien, Lateinamerika und Afrika) bezeichnet jene Dritte-Welt-Staaten, welche durch Kolonialismus in ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung beeinflusst wurden, aus: Stefan Bege, Das Konzept der Metropolregion in Theorie und Praxis, Fußnote 42, 1. Auflage 2010, S. 10.
- 178 Karl-Heinz Roth, Der Zustand der Welt, a. a. O.
- 179 Ingo Schmidt (Hrsg.), Rosa Luxemburgs "Akkumulation des Kapitals", 2013, S. 7., siehe: <http://www.vsa-verlag.de/uploads/media/www.vsa-verlag.de-Schmidt-Luxemburgs-Akkumulation-des-Kapitals.pdf>
- 180 Ebd.
- 181 Rosa Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals. Ein Beitrag zur ökonomischen Erklärung des Imperialismus, 1913. Hier zitiert nach: Rosa Luxemburg, Gesammelte Werke, Band 5, Ökonomische Schriften, 1975, Seiten 392-398, in: Junge Welt, Kein Kapitalismus ohne koloniale Gewalt, 16.12.2017, siehe: <https://www.junge-welt.de/artikel/323717.kein-kapitalismus-ohne-koloniale-gewalt.html>
- 182 Aide Memoire, Landpolitik und Landkonflikte, Thesenpapier von Brot für die Welt, Vereinigte evangelische Mission, FIAN, Misereor, anlässlich des Gespräches des Forums Menschenrechte mit Außenminister Westerwelle, 6. Oktober 2011, S. 1
- 183 Brot für alle, Die Gier nach Land, o. D., siehe: <https://brotfueralle.ch/thema/land-grabbing/>
- 184 FIAN Deutschland, Landgrabbing: Investitionen in den Hunger, o. D., siehe: <https://www.fian.de/themen/landgrabbing/>
- 185 Aide Memoire, Landpolitik und Landkonflikte, a. a. O., S. 1.
- 186 Ebd.
- 187 Marion Aberle, Land ist das neue Öl, für: Deutsche Welthungerhilfe e.V., April 2017, S. 1
- 188 Ebd.
- 189 Marion Aberle, Land ist das neue Öl, a. a. O., S. 2.
- 190 Stephan Albrecht (Hrg.), Weltagrarbericht - Bericht zu Afrika südlich der Sahara (SSA), 2012, für: International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology for Development, S. 1, siehe: http://hup.sub.uni-hamburg.de/volltexte/2012/124/pdf/HamburgUP_IAASTD_SSA.pdf
- 191 Ebd.
- 192 Ebd., S. 2.
- 193 Ebd.
- 194 FIAN Deutschland, Coffee to Go – Landvertreibung zugunsten der Kaweri Coffee Plantation in Uganda, Eine menschenrechtliche Analyse, in: FIAN Fact Sheet 2017/1, November 2017, S. 1, siehe: https://www.fian.de/fileadmin/user_upload/dokumente/shop/Fallararbeit/FS_Coffee_To_Go_2017_1.pdf
- 195 FIAN Deutschland, Landrechtskonflikte drohen weiter zu eskalieren, in: FIAN Deutschland, 06.12.2017, siehe: <https://www.fian.de/artikelansicht/2017-12-06-pressemitteilung-landrechtskonflikte-drohen-weiter-zueskalieren/>
- 196 Ebd.
- 197 Ebd.
- 198 Ebd.
- 199 Marion Aberle, Land ist das neue Öl, a. a. O., S. 2.
- 200 Ebd.
- 201 Ebd.
- 202 Aide Memoire, Landpolitik und Landkonflikte, a. a. O., S. 1.
- 203 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Agrarexporte 2017 - Daten und Fakten, Juni 2017, S. 52.
- 204 Claudia Ehrenstein, Deutsche schlachten pro Jahr 750 Millionen Tiere, in: Die Welt, 09.01.2014, siehe: <https://www.welt.de/politik/deutschland/article123700329/Deutsche-schlachten-pro-Jahr-750-Millionen-Tiere.html>
- 205 Ebd.
- 206 Ebd.
- 207 Ebd.
- 208 Naturfreunde Internationale, Naturfreunde fordern eine nachhaltige Klima- und Wirtschaftspolitik für Afrika, a. a. O., S. 1.
- 209 Uwe Hiks, Landgrabbing verhindern – Klimagerechtigkeit fördern, in: NaturFreunde Deutschlands, 15.01.2016, siehe: <https://www.naturfreunde.de/landgrabbing-verhindern-klimagerechtigkeit-foerdern>
- 210 Das Kapitel baut weitgehend auf das Argumentationspapier der NaturFreunde Deutschlands „EUAfrikapolitik: Weiterhin stehen die imperialen Interessen der EU im Mittelpunkt“ auf, siehe: a. a. O.
- 211 Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL), Agrarexporte 2017 - Daten und Fakten, Juni 2017, S. 43.
- 212 Ebd.
- 213 Ebd.
- 214 Ebd., S. 44.
- 215 Ebd., S. 49.
- 216 Siehe: Uwe Hiks / David Geier, Für einen gerechten Welthandel: CETA stoppen! Argumentationspapier zum Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, in: NaturFreunde Deutschlands, Juli 2018, siehe: https://www.naturfreunde.de/sites/default/files/attachments/naturfreunde_argumentationspapier_ceta_o.pdf; auch: Freihandelsabkommen stoppen – für eine gerechte Weltwirtschaft, Beschluss des 30. ordentlichen Bundeskongresses der NaturFreunde Deutschlands 2017, in: NaturFreunde Deutschlands, 02.04.2017, siehe: <https://www.naturfreunde.de/freihandels-beschluss>
- 217 CDU / CSU / SPD, Ein neuer Aufbruch für Eu-

- ropa - Eine neue Dynamik für Deutschland - Ein neuer Zusammenhalt für unser Land – Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, 19. Legislaturperiode, 12.03.2018, siehe: https://www.cdu.de/system/tdd/media/dokumente/koalitionsvertrag_2018.pdf
- 218 Bundesverband der Deutschen Industrie, BDI-Strategie Subsahara-Afrika - Chancenkontinent Afrika, September 2014, S. 6, siehe: https://bdi.eu/media/presse/publikationen/energie-und-rohstoffe/BDIstrategie_Sub Sahara-Afrika_140929.pdf
- 219 Markus Metz / Georg Seeblen, Die Economic Partnership Agreements zwischen EU und Afrika, in: Bayerischer Rundfunk, 11.05.2017, siehe: <https://www.br.de/radio/bayern2/sendungen/zuehndfunk/kolumnensendungen/generator/economic-partnership-agreements-zwischen-eu-und-afrika-100.html>
- 220 Informationsstelle Militarisation, Afrika: Unfairer Freihandel, in: IMI-Aktuell 2017/022, 18.02.2017, siehe: <http://www.imi-online.de/2017/01/18/afrika-unfairer-freihandel/>
- 221 Naturfreunde Internationale, Naturfreunde sagen „Nein“ zu CETA, Beschluss der Jahreskonferenz der Naturfreunde Internationale (NFI) am 23. September 2016 in Bielefeld, siehe: http://www.nfi.at/index.php?option=com_content&task=view&id=740&Itemid=34
- 222 dpa, EU-Afrika-Gipfel: Hilfsorganisationen fordern Politikwechsel, in: Stuttgarter Nachrichten, 28.11.2017, siehe: <http://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.kampf-gegen-fluchtursachen-merkel-reist-zum-eu-afrikagipfel-migration-zentrales-thema.7967a218-553e-4074-a530-8d91d902b039.html>
- 223 Ebd.
- 224 Francisco Marí, Merkel streicht EPA Debatte von EU-Afrika Gipfel, in: Brot für die Welt, 26.11.2017, siehe: <https://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/merkel-streicht-epa-debatte-eu-afrika-gipfel>
- 225 Michael Müller, "Die neoliberale Politik und der grenzenlose Freihandel spalten die Welt", Rede zur G20 Protestwelle am 02.07.2017 in Hamburg, siehe: <https://www.naturfreunde.de/die-neoliberale-politik-und-dergrenzenlose-freihandel-spalten-die-welt>
- 226 Francisco Marí, Merkel streicht EPA Debatte von EU-Afrika Gipfel, a. a. O.
- 227 Ebd.
- 228 Boniface Mabanza, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen der EU mit afrikanischen Ländern: Ausweg aus der Krise – eine Bestandsaufnahme, in: KASA – Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika, 29.11.2017, siehe: <https://www.kasa.de/kommentiert/detail/wirtschaftspartnerschafts-abkommen-der-eu-mit-afrikanischenlaendern-ausweg-aus-der-krise-eine-best/>
- 229 Europäische Kommission, Putting partnership into practice – Trade Economic partnership agreements (EPAs) between the EU and African, Caribbean and Pacific (ACP) countries, Publications Office of the European Union, 2017, S. 3, siehe: http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2017/october/tradoc_156340.pdf
- 230 NaturFreunde Deutschlands, Freihandelsabkommen stoppen – für eine gerechte Weltwirtschaft, in: BESCHLÜSSE 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017 Nürnberg, S. 11.
- 231 DGB, IGB kritisiert Freihandel mit afrikanischen Staaten, in: dgb.de, 26.09.2016, siehe: <http://www.dgb.de/themen/++co++6doe38a0-83ea-11e6-9c59-525400e5a74a>
- 232 Untertitel der „Wir-haben-es-satt“-Demonstration 2018.
- 233 Wir haben Agrarindustrie satt!, Aufruf zur Demonstration 2019 am 19.01.2019, siehe: <https://www.wirhaben-es-satt.de/informieren/aufruf/>
- 234 Ebd.
- 235 NaturFreunde-Bundesfachbereich Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus (NUST), Bodenschutz: Forderungen der NaturFreunde an die Bodenpolitik, in: NaturFreunde Deutschlands, 11.11.2015, siehe: <https://www.naturfreunde.de/bodenschutz-forderungen-der-naturfreunde>
- 236 NaturFreunde Deutschlands, Wir haben die Agrarindustrie satt!, in: Beschlüsse 30. Bundeskongress der NaturFreunde Deutschlands 31. März bis 2. April 2017, S. 32.
- 237 NaturFreunde Schleswig-Holstein, Projekt "Beiträge zur Reduktion des Pestizideinsatzes", in: NaturFreunde Schleswig-Holstein, o. D., siehe: <http://www.naturfreunde-sh.de/projekt-pestizide-reduzieren.html>
- 238 Ebd.
- 239 Ebd.
- 240 vgl. hierzu auch: Uwe Schneidewind, Die Große Transformation. Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt am Main, 2018, S. 258-260.
- 241 Vgl. hierzu auch: INKOTA-Netzwerk e.V. / Oxfam Deutschland e.V. / MISEREOR e.V., Besser anders - anders besser. Mit Agrarökologie die Ernährungswende gestalten, in: Forum Umwelt und Entwicklung, September 2016, siehe: http://www.forumue.de/wpcontent/uploads/2016/10/Agrarokologie_Broschuere_A4_web1.pdf; auch: INKOTA-Netzwerk et al, Agrarökologie stärken – Für eine grundlegende Transformation der Agrar- und Ernährungssysteme: Gemeinsam für naturnahe bäuerliche Anbausysteme und solidarische Lebensräume, 2019.
- 242 NaturFreunde-Bundesfachbereich Naturschutz, Umwelt und Sanfter Tourismus (NUST), Pestizide: 7 Forderungen der NaturFreunde Deutschlands, in: NaturFreunde Deutschlands, 19.10.2015, siehe: <https://www.naturfreunde.de/NFD-Forderungen-Pestizide>
- 243 Eckart Kuhlwein, Schaden für Landwirte und Natur, in: NaturFreunde Deutschlands, 03.09.2015, siehe: <https://www.naturfreunde.de/schaden-fuer-landwirte-und-natur>



Impressum

Herausgeber: NaturFreunde Deutschlands e. V. · Bundesvorstand
V.i.S.d.P.: Maritta Strasser
Warschauer Str. 58a/59a · 10243 Berlin
(030) 29 77 32 -60 · info@naturfreunde.de
Download: www.naturfreunde.de/agrarpolitik-hintergrund-19
Januar 2019